Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 242. Montag, den 16. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Wir — Schützer des Kapitals.

Vier Jahrzehnte lang hat man die Sozialdemokratie mit der Anklage verfolgt, sie predige den Vernichtungskrieg gegen die Kapitalisten, sie reize die Besitzlosen zu tödlichem Hasse gegen die Besitzenden auf, sie wollte jedem, was er hat, wegnehmen, sogar den Bauern die letzte Kuh aus dem Stalle. Nachdem jedoch die Gegner aus vierzigjähriger Erfahrung gelernt, daß bei dieser Methode weiter nichts zu holen ist als Prügel — natürlich bloß in übertragenem Sinne, denn wirkliche Prügel gibt es nur in Zentrumsversammlungen — sind sie nun auf den pfiffigen Einfall gekommen, die Sache zur Abwechselung einmal am umgekehrten Ende anzufangen. Wie der verrückte Engländer der Anekdote stecken sie den Kopf zwischen die Beine, um ein Bild der Tatsachen zu gewinnen, das ihren Wünschen besser entspricht, als die fatale Wirklichkeit. Auf diese ebenso einfache wie geniale Weise sind sie zu der glorreichen Entdeckung gelangt, daß die Sozialdemokratie die Schutztruppe des Kapitalismus ist und daß sich der Kassenschrank der großen Ausbeuter nirgends in so sicherer Hut befinde, als „unter der roten Ballonmütze“!

Die Sache ist so komisch, daß man sie wörtlich lesen muß. Die „Germania“, das Berliner Zentrumsblatt schreibt:

„In jeder Rede muß den Zuhörern gesagt werden, wie die Sozialdemokratie sich im Reichstage gegen die Besteuerung des Besitzes wehrte, wie sie die große internationale Schutztruppe des mobilen Kapitals ist. Diese Tatsache ist namentlich unter den Arbeitern viel zu wenig bekannt. So stimmte die Sozialdemokratie: 1881: gegen die Einführung der Börsensteuer; 1885: gegen die schärfere Ausgestaltung derselben; 1894: gegen die erste Erhöhung der Börsensteuer; 1900: gegen die neue Erweiterung derselben; 1900: gegen die Besteuerung der Wetteinsätze bei Rennen; 1900 gegen die Besteuerung der Schiffahrtsfrachturkunden; 1900: gegen die Erhöhung des Zolles auf Champagner; 1902: gegen die Einführung der Champagnersteuer; 1902: gegen alle Zölle auf Luxusgenußartikel (Austern, Kaviar usw.); 1902: gegen alle Zölle auf Luxusgegenstände (persische Teppiche, Edelsteine, Pariser Hüte usw.); 1905: gegen die Erweiterung der Besteuerung der Wetteinsätze bei Rennen; 1906: gegen die Automobilsteuer; 1909: gegen die Talonsteuer; 1909: gegen die Erhöhung des Aktienstempels; 1909: gegen die Verdoppelung der Champagnersteuer; 1909: gegen die Zollerhöhung auf Champagner; 1911: gegen die den mühelosen Gewinn treffende Wertzuwachssteuer. Das sind harte Nüsse für die Sozialdemokratie, und sie kann daraufhin nichts mehr sagen. Es ist darum taktisch ganz verkehrt, sich immer noch mit der Rechtfertigung der einzelnen neuen Steuern abzumühen. Man gehe vielmehr zum Angriff über und halte den Sozialdemokraten diesen Volksverrat unter die Augen, bis ihnen diese überlaufen. Dann verstummen sie mit ihren Angriffen. . . . Viel zu lange hat man diese (Sozialdemokraten) schon hetzen und aufputschen lassen und sich nur mit der sachlichen Zurückweisung begnügt. In fünf Minuten können eine Menge Unwahrheiten verbreitet werden, zu deren Widerlegung man viele Stunden gebraucht. (Hier spricht jemand aus Erfahrung. D. Red.) Anders ist es, wenn man an der Hand dieses unanfechtbaren Materials zum Angriff übergeht. Man sollte ein Millionen-Flugblatt verbreiten, das die rote Ballonmütze als Schützer der Kassenschränke, Spekulanten und Feinschmecker darstellt, und mit blutigem Hohn diese „Arbeitervertretung“ überschüttet.“

Es ist eine wahrhaft beschämende Aufgabe, auf solche Späße mit sachlichem Ernst antworten zu müssen. Jeder Mensch, dessen politische Bildung die eines Zulukaffern auch nur um Zollhöhe überragt, muß sich ohne weiteres sagen, daß die Gründe, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bestimmt haben, gegen die von der „Germania“ aufgezählten Steuergesetze zu stimmen, auf einem ganz anderen Gebiete liegen müssen, als in der behaupteten zärtlichen Liebe für den Kapitalismus. Denn bestünde diese angebliche zärtliche Liebe, dann wäre ja alles, was vierzig Jahre lang gegen die Sozialdemokratie geschehen ist, Verfolgungen, Einkerkerungen, Ausweisungen, Maßregelungen, vollständiger Wahnsinn gewesen, und die Repräsentanten der kapitalistischen Gesellschaft, die Arenberg, Kirdorf, Hilger usw., die der Arbeiterbewegung mit wütendem Hasse begegnen, müßten die Arme öffnen, um die Sozialdemokratie, die treue „Schützerin“ ihrer Interessen, ans Herz zu ziehen.

Ein Mann, der seine politische Bildung aus der Zentrumspresse bezieht, kann allerdings nicht wissen, daß die Sozialdemokratie gegen die aufgezählten Börsensteuern gestimmt hat, teils weil sie technisch unzulänglich waren und mit Absicht nicht die wirklichen großen Ausbeuter trafen, teils weil sie nur vorgeschoben waren, um die Einführung einer wirklichen gründlichen Besteuerung des Besitzes durch Reichs-Einkommen-, Reichs-Vermögen-, Reichs-Erbschaftssteuer, für die die Sozialdemokratie mit unermüdlichem Eifer kämpft, zu hintertreiben. Er kann nicht wissen, daß die Zölle auf Luxusgenüsse und Luxusgegenstände zu zollpolitischen Gegenmaßregeln des Auslandes führen, die den Arbeiter treffen. Er kann nicht wissen, daß die Automobilsteuer eine aufstrebende Industrie belastet und dadurch wieder die Interessen von Arbeitern schädigt, während eine allgemeine Reichs-Einkommensteuer, die wie alle andern reichen Leute auch den Automobilfabrikanten trifft, das Hundertfache einbringen würde, ohne den Arbeitern zu schaden. Er kann schließlich auch nicht wissen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre ganze Kraft für die Schaffung einer zweckmäßigen Wertzuwachssteuer einsetzte, zum Schlusse aber genötigt war, gegen das Gesetz zu stimmen, unter anderem, weil das Zentrum, nachdem es Bier, Tabak, Streichhölzer usw. versteuern geholfen, die Infamie begangen hatte, die Befreiung der Fürstlichkeiten von diesen Steuern zu beschließen.

Dagegen müßte auch ein mäßig begabter Schüler von München-Gladbach begreifen, daß die Besteuerung der Schiffahrtsurkunden nichts anderes ist als eine Besteuerung und Verteuerung der Schiffslast und unfehlbar auf den Rücken der Verbraucher abgewälzt wird. Sollte sich wirklich ein Mensch einreden lassen, es sei eine Besteuerung des Besitzes, wenn man die Fracht von Obst, Getreide usw. verteuert?

Wo auch nur der leiseste Anfang damit gemacht wurde, eine Besitzbesteuerung einzuführen, die ein wenig mehr als bloßer Aufputz und Schwindel ist, da hat es die Sozialdemokratie an ihrer Mitwirkung nicht fehlen lassen. Zum Beispiel ist die Besteuerung der Aufsichtsratstantiemen, für die die sozialdemokratische Fraktion im Jahre 1906 stimmte, nur ein ganz geringer Ansatz zu einer Reichseinkommensteuer, wie sie das sozialdemokratische Programm fordert. Die Fraktion hat hier dennoch mit beiden Händen zugegriffen. Ebenso stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten im Jahre 1906 für die Reichs-Erbschaftssteuer, obwohl alle ihre Anträge auf eine Erweiterung derselben abgelehnt worden waren.

Im Jahre 1909 stimmte die Sozialdemokratie in zweiter Lesung für die Ausdehnung der Reichs-Erbschaftssteuer. Das Zentrum stimmte gegen sie, sodaß das Gesetz in zweiter Lesung fiel. Das hindert die „Germania“ nicht zu lügen:

„Von der Ablehnung der Erbschaftssteurr reden die Sozialdemokraten nicht mehr viel, seitdem auf dem Parteitage bekannt geworden ist, daß die Mehrheit der Fraktion in der dritten Lesung gegen die Erbschaftssteuer gestimmt hat.“

Eine dritte Lesung hat aber gar nicht stattgefunden, ebensowenig eine Abstimmung der Fraktion über die Haltung bei einer etwaigen dritten Lesung. Richtig ist nur, daß ein Teil der Fraktion die Ablehnung der Erbschaftssteuer in der dritten Lesung für taktisch richtig hielt, weil damals die Aussicht bestand, dadurch die ganze volksfeindliche Finanzreform in die Luft zu sprengen. Durch die Ablehnung der Erbschaftssteuer in der zweiten Lesung und durch den Übertritt des Zentrums zum schwarz-blauen Schnapsblock wurde die Situation völlig verschoben und die Frage gelangte nicht mehr zur Entscheidung.

Das Zentrum aber hat dem König von Preußen die Zivilliste erhöht, den Fürsten neue Steuerfreiheit, den großen Schnapsbrennern neue Liebesgaben bewilligt; auf der anderen Seite Branntwein, Bier, Tabak, Zigaretten, Tee, Kaffee, Leuchtmittel und Zündhölzchen durch neue Steuern verteuert. Die Erbschaftssteuer hat es im Bunde mit den Konservativen abgelehnt, die erklärten, daß sie das Portemonnaie der Besitzenden nicht dem Hause des allgemeinen Wahlrechts ausliefern wollten. Den Heizern der Kriegsmarine hat es aber die tägliche Zweigroschenzulage zu streichen versucht, und nur der äußersten Anstrengung der Sozialdemokratie gelang es, diese ungeheuerliche Schandtat zu verhindern.

Außer Kartoffeln und Seefischen, für deren Zollverteuerung die dem Zentrum befreundeten Agrarier mit Fiebereifer arbeiten, sind heute alle Lebensmittel des Volkes in enormer Weise versteuert und verteuert, und immer hat dabei das Zentrum mitgewirkt, das in seiner offiziellen Wahlbroschüre vor der letzten Wahl die beispiellose Frechheit gehabt hatte, zu erklären:

„Wenn das Zentrum in alter Stärke wiederkehrt, ist das Volk in seinen breiten Schichten vor neuen großen Steuern bewahrt.“

Nun freilich: wessen Geschäft es ist, die Wahrheit immer und überall auf den Kopf zu stellen, der muß schließlich auch zu der Behauptung gelangen, daß die Sozialdemokratie die Schützerin des Kapitals ist! So ist es nun einmal in jener Welt, in der aus dem Huhn ein Ei wird, der Hase den Jäger schießt und das Zentrum für Wahrheit, Freiheit und Recht eintritt. Die bürgerlichen Parteien wollen dem Besitz an den Leib rücken, die Sozialdemokratie aber hindert sie daran, sie stellt sich schützend vor die Kassenschränke. Ja, wirklich, Kinderchen, so ist's!

Für einen Fastnachtsabend wäre die Idee nicht so übel! Aber Wählerversammlungen sind nun einmal kein Hanswurfttheater, und für Narrenspossen sind die Zeiten zu ernst!

Revolution in China.

Das Reich der Mitte, dieser Koloß von mehr als 400 Millionen Einwohner, wird von revolutionären Fieberschauern geschüttelt. Mitten in seinem Innern, im Tale des gewaltigen Jangtsekiang-Stroms, wo bereits Zehntausende von Arbeitern in modernen Industriebetrieben dem Kapitalismus frönden, ist das Feuer der Revolution ausgebrochen, das die Herrschaft der Mandschu-Dynastie zu vernichten droht. Der Herd der Revolution ist diesmal die Provinz Hupeh, die der Provinz Spetschwan, wo das revolutionäre Feuer schon seit Monaten schwelte, benachbart ist. Fest steht nach den vorliegenden Depeschen, daß Hupeh mit seiner der Europäerstadt Hankau gegenüberliegenden Hauptstadt Wutschang sich in den Händen der Revolutionäre befindet. Auch die in nächster Nähe liegende Stadt Hanyang, wo die großen Eisen- und Stahlwerke und das Waffenarsenal der chinesischen Südarmee sich befinden, ist erobert. Ebenso fiel nach neueren Meldungen die Bahnstation Hankau, von der aus die große Eisenbahnlinie Hankau—Peking sich erstreckt, den Revolutionären in die Hände. Wahrscheinlich ist, daß die benachbarten Provinzen Hünan und Spetschwan, die Zentren früherer revolutionärer Bewegungen, sich der Revolution anschließen werden, vielleicht auch Honan und Kwangsu. Die Regierungstruppen sind zu einem großen Teile bereits zu den Revolutionären übergegangen, und das Schicksal der Dynastie hängt nur noch an einem dünnen Faden. Beginnen auch die von Peking schleunigst nach dem Aufstandsgebiet entsandten Truppen zu meutern, dann ist ihr Schicksal besiegelt.

Über das Ziel der revolutionären Bewegung besteht zurzeit noch keine volle Klarheit. Fest steht vorläufig nur das allernächste Ziel: der Sturz der seit einem Vierteljahrtausend in China herrschenden Mandschudynastie, die von dem chinesischen Volke als Fremdherrschaft bitter gehaßt wird. Dieser Haß hat sich bereits in der Ermordung zahlreicher Mandschus in Wutschang usw. Luft gemacht. Die weiteren Angaben über das Ziel der Revolution sind sehr unklar; man erstrebt offenbar zunächst die Republik, die bei dem ganzen Charakter der Bewegung in einer mehr oder weniger lange dauernden Militärdiktatur gipfeln würde. Jedenfalls steht aber das eine fest, daß die jetzige Revolution an Umfang und Bedeutung an die große Taiping-Revolution des Jahres 1850 heranreicht und von größter Bedeutung für das fernere Geschick des himmlischen Reichs werden kann.

Trotzdem von allen Seiten zugegeben wird, daß die Fremden nichts zu befürchten haben, hat man vier deutsche Kriegsschiffe nach dem fernen Osten entsandt. Nach unserer Meinung war das ziemlich überflüssig.

Über Peking ist der Kriegszustand verhängt worden. Die Bestürzung in Regierungskreisen ist eine ganz allgemeine und man gibt offen zu, daß diese revolutionäre Bewegung die schwierigste ist, die China seit Jahrhunderten gehabt hat.

Man berichtet, daß sich 5—6000 Truppen in Hangkau angeschlossen haben, während in der Provinz Houpe zirka 15 000 Mann sich der Rebellenbewegung anschlossen. Man fürchtet auch, daß die kaum erst zur Ruhe gelangte Bewegung in Tetuan von neuem losbrechen könnte. Auch wird erwartet, daß in Kanton, wo die Revolution schon an Boden gewinnt, heller Aufruhr entstehen könnte. Viele Familien sind bereits aus Kanton nach Hongkong geflüchtet. Ebenso werden Meutereien in Nangking befürchtet, wo namentlich die 9. Militärdivision wiederholt Zeichen gegeben hat, daß sie sich der Disziplin nicht fügen will. In Anbui, wo eine Militärrevolte im Jahre 1908 ausbrach, wird ebenfalls ein Anschluß der

Soldaten an die Rebellen befürchtet. In Tsinantu haben zwei Bataillone modern ausgebildeter Truppen gemeutert. Die Rebellen haben in Hanyang die Gewehrfabriken besetzt und streckenweise die Eisenbahn Peking-Hankau zerstört, wodurch der Truppentransport erschwert wird. Die Aufrührer verhalten sich fremdenfreundlich. Der Handelsverkehr mit Hankau ist unterbrochen.

Die aufständischen Truppen fahren fort, Jagd auf die Mandschus zu machen, von denen 800 getötet sein sollen. Der revolutionäre General Liyuanshung gibt die Zahl der Truppen auf 25 660 größtenteils ausgebildete Soldaten an und erklärt, er habe Geldmittel in Hülle und Fülle. Seine Agenten seien nach Hunan gesandt, um Reis für die Armee der Aufständischen zu kaufen, die der kaiserlichen Armee entgegenziehe. Der revolutionäre Vizekönig Tanghualang erklärte einem Korrespondenten des Reuterschen Bureaus, das Ziel der Revolution sei, China in eine Republik umzuwandeln. Wenn die gegenwärtigen Steuern rechtschaffen verwaltet würden, reichten sie aus, um das Land instand zu setzen, die Last der Verpflichtungen zu tragen und die Ausgaben für die öffentlichen Arbeiten zu bestreiten. Man könne die Eisenbahnen vielleicht ohne Unterstützung durch fremde Anleihen bauen, doch könne man auch Geld durch Anleihen beschaffen, wenn es notwendig sein sollte. Auf alle Fälle sei man entschlossen, mit den Ausländern in Freundschaft zu leben.

Nach einem Telegramm der Londoner „Exchange Telegraph Company" von gestern wird die Ordnung in Hankau vollständig von den Rebellen aufrechterhalten, die auch die ausländischen Niederlassungen respektieren.

Wie es scheint, wollen sich die Russen und Amerikaner jetzt in China einmischen, um dort für sich Geschäfte zu machen. Aus London wird nämlich berichtet: Die russische Regierung soll mit dem Staatsdepartement in Washington über ein gemeinsames Vorgehen in China verhandeln. Die Verhandlungen sollen einen guten Fortgang nehmen, da die russische Regierung überzeugt sei, daß die Union gleichartige Interessen im Stillen Ozean habe, und daß eine Verständigung äußerst wünschenswert sei. — Hoffentlich spucken die Revolutionäre dieser Gesellschaft in die Suppe!

An der Spitze der revolutionären Bewegung steht Sunyatsen, der sich bereits früher durch revolutionäre Bestrebungen bemerkbar gemacht hat. Die chinesische Regierung hat auf seinen Kopf eine Prämie bis zu 250 000 Franks ausgesetzt, es ist ihr jedoch nicht gelungen, seiner habhaft zu werden. Vor Jahren war es einem Chinesen in London gelungen, ihn nach der chinesischen Gesandtschaft in London zu locken, wo er mit Hilfe anderer Chinesen in Fesseln gelegt wurde und nach China heimlich transportiert werden sollte. Es gelang jedoch Sunyatsen, die englische Regierung von seiner gewaltätigen Verhaftung in Kenntnis zu setzen, die seine sofortige Freilassung veranlaßte.

Der Krieg.

In Tripolis ist es in der Nacht zum Sonnabend zu einem kleinen Scharmützel gekommen. 200 Mann türkische Infanterie griffen die italienischen Vorposten in dem Abschnitt westlich von dem Posten Bumeliana mit lebhaftem Gewehrfeuer an. Die Italiener erwiderten mit Infanteriefeuer und einigen Schüssen aus den Schiffsgeschützen. Nach ungefähr einer Stunde zogen sich die Türken zurück und hinterließen drei Tote und ein Maschinengewehr mit Munition.

Nach neuerer Meldung scheinen die Türken nicht die Absicht gehabt zu haben, sich des Brunnens von Bumeliana zu bemächtigen, sondern vielmehr eine Proviantkarawane zu decken, die sich in der Richtung auf Suni ben Adia bewegte, wo eine türkische Abteilung von 300 Mann ohne Proviant steht. Als die türkische Abteilung gegen 3 Uhr morgens bei den italienischen Vorposten erschien, eröffnete das 42. Infanterie-Bataillon, unter dem Kommando des Majors Tentino, unterstützt von einer Batterie, das Feuer. Die Türken erwiderten es, zogen sich dann aber in der Richtung auf Garian zurück.

Die italienische Regierung will jetzt in Tripolis mit Flugmaschinen operieren lassen; sie hat 11 derselben nach dort gesandt.

Die Cholera greift in Tripolis weiter um sich. In den zwei Tagen nach der Landung der italienischen Truppen wurden 28 Fälle gemeldet, von denen 15 tödlich verliefen.

Das türkische Parlament ist Sonnabend eröffnet. Nach der Verlesung der Thronrede, in welcher scharf gegen das Vorgehen der Italiener protestiert wird, verrichtete der Scheik ein Gebet, in dem die Vernichtung Italiens erfleht wurde. Jedenfalls wird das nun den Türken etwas nutzen!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Neuwahlen vor Weihnachten?

Von beachtenswerter Seite erfährt der „Vorwärts", daß die Absicht bestehe, den Reichstag kurz nach seinem Zusammentritt aufzulösen, so daß die Neuwahlen noch vor Weihnachten stattfinden würden. Wir geben diese Darstellung, für die immerhin auch einige gewichtige politische Momente sprechen, mit Vorbehalt wieder. Wir erwarten aber von der Regierung eine sofortige Erklärung darüber, ob sich die uns zugegangene Mitteilung tatsächlich mit ihren Absichten deckt.

Uns könnte natürlich eine Beschleunigung der Neuwahlen nur recht sein. Je früher die Wähler zum Verdikt über die Politik unserer Herrschenden aufgerufen, desto besser!

Der neue Präsident des Abgeordnetenhauses.

Nachdem Herr Jordan v. Kröcher sich im Kampf gegen den Umsturz als Präsident des Abgeordnetenhauses unmöglich gemacht hat, will er bekanntlich trotzdem auf dies Amt verzichten. Nach dem konservativen „Posener Tageblatt" soll der langjährige Vorsitzende der Budgetkommission, der konservative Abg. Freiherr v. Erffa, nun als Kandidat für den Präsidentenposten aufgestellt werden. Die „Deutsche Tageszeitung" bemerkt dazu, daß diesbezügliche feste Beschlüsse noch nicht gefaßt seien.

Die Teuerungsdebatte im bayerischen Landtag.

In der abflauenden Debatte nahm Freitag am Schluß noch einmal der Minister des Innern, von Bretreich, das Wort, um in langen Ausführungen zu wiederholen, was nicht geschehen brauche und nicht geschehen könne. Aufrechterhaltung der Zollpolitik, gemildert durch die Kaninchenzucht der Konsumenten, sei geboten. Wenn im nächsten Frühjahr, wie zu befürchten sei, allerdings eine wirklich große Fleischnot entstehen sollte, dann müßte überseeisches Fleisch herbeigeschafft werden. Die Debatte wurde noch nicht geschlossen. Es wollen noch die Minister des Verkehrs und der Finanzen sprechen. Die Anregungen Dr. Heims über Zollbefreiung haben bisher bei keinem Zentrumsredner Zustimmung gefunden, auch nicht hinsichtlich der Aufhebung des Futterzolls. In München sollen nunmehr am nächsten Mittwoch drei große Volksversammlungen sich mit der Teuerungsfrage beschäftigen.

Keine Maßnahmen gegen die Teuerung.

Der „Frankf. Ztg." wird aus Berlin gemeldet, daß die von der Reichsregierung angestellten Erwägungen darüber, ob sich zur Bekämpfung der Futternot und der Teuerung außer den in der Hauptsache sich auf Eisenbahntarife beziehenden Maßnahmen noch andere Schritte ergriffen werden sollen, bereits abgeschlossen sind. Es wird nichts geschehen und es ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß der Reichskanzler, wenn er in der nächsten Woche die Teuerungs-Interpellationen im Reichstag beantworten wird, mit leeren Händen kommt, und daß die verbündeten Regierungen sich auf die Seite des die Mehrheit des Reichstages beherrschenden extremen Agrariertums stellen werden.

Hängende Reichskanzler.

Die Ausschmückungskommission des Reichstags beabsichtigt, die Kanzler des Deutschen Reiches im Reichstag aufzuhängen — ihre Bilder natürlich. Das Bild des Fürsten Bismarck ist bereits käuflich erworben, das Bild des Fürsten Hohenlohe ist in Auftrag gegeben. Die Galerie der Bilder der Reichstagspräsidenten ist bereits beendet.

In die Hände spucken und die Ohren steif halten!

Diesen Rat gab Herr Jordan v. Kröcher seinen Wählern in einer Versammlung in Gardelegen, in welcher Graf Westarp für seine Wiederwahl gesprochen hatte. Herr v. Kröcher selbst betonte, daß er die Hoffnung nicht aufgebe, schon im ersten Wahlgang gewählt zu werden. Den Sozialdemokraten, die sich an der Debatte beteiligen wollten, wurde das Wort verweigert, weshalb sie eine weitere Diskussion verhinderten. Jedenfalls ist zu erkennen, daß die Kandidatur des Herrn v. Kröcher auf sehr schwachen Füßen steht.

Seuchenschutz für Arbeiter.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat verfügt, daß zur Verhütung der Einschleppung von Seuchen auch die von Privatunternehmern bei Bahnbauten beschäftigten Arbeiter, namentlich soweit sie aus verseuchten Ländern zureisen, von jetzt an einer ärztlichen Untersuchung unterzogen werden sollen. Über die erfolgte ärztliche Untersuchung haben die Unternehmer sich ärztliche Bescheinigungen ausstellen zu lassen, die aufzubewahren und den Organen der Eisenbahnverwaltung auf Verlangen zur Einsicht vorzulegen sind. Die Eisenbahndirektionen sind angewiesen, nur Arbeiter zur Beschäftigung zuzulassen, die keine Gefahr der Ansteckung anderer Arbeiter bedeuten.

Religionsunterricht in Fortbildungsschulen.

In der sächsischen Landessynode wurde der Antrag, das Kirchenregiment möge dafür eintreten, daß in den Fortbildungs-, Handels-, gewerblichen und landwirtschaftlichen Schulen in jedem Monat wenigstens einmal ein halbstündiger Religionsunterricht erteilt werde, einstimmig angenommen.

Die Teuerung.

Nach einer im „Reichsanzeiger" veröffentlichten Zusammenstellung der täglichen Berichte von deutschen Fruchtmärkten ist im September der Preis sämtlicher Getreidesorten gegenüber den Vormonaten recht erheblich gestiegen.

Weizen kostete an den 61 Marktorten, in denen er gehandelt wurde, 20,23 Mk. für den Doppelzentner gegen 19,75 Mk. im August und 19,16 Mk. im September 1910. Er stieg bis zu 22,69 Mk. in Bayern und ging bis 19,07 Mark in Pommern herunter. Roggen hatte einen Preis von 17,55 Mk. gegen nur 15,99 Mk. im Vormonate und 14,22 Mk. im Vorjahre. Er war mit 22,92 Mk. in Württemberg am teuersten und mit 16,53 Mk. ist Ostpreußen am billigsten. Gerste kostete 18,66 Mk. gegen 17,08 Mk. im August d. J. und 14,18 Mk. im September 1910. In Bayern war ihr Preis mit 20,21 Mk. am höchsten und in Schleswig-Holstein mit 14,27 Mk. am niedrigsten. Die Preisschwankungen sind hier ebenso wie beim Roggen sehr groß, weit größer als in den vorhergehenden Monaten. Hafer hatte einen Preis von 17,50 Mark gegen 16,61 Mk. im Vormonat und 14,49 Mk. im September v. J. Er war mit 19,99 Mk. in Schwarzburg-Sonderhausen am teuersten und mit 16,63 in Ostpreußen am billigsten. Gegen den August d. J. ist somit der Weizen um 0,48 Mk., Hafer um 0,91 Mk., Roggen um 1,56 Mk., d. h. fast um 10 v. H., und Gerste um 1,58 Mark, d. i. über 9 v. H., gestiegen. Gegenüber dem Vorjahre ist Weizen um 1,07 Mk., Hafer um 3,01 Mk., Roggen um 3,33 Mk. und Gerste sogar um 4,48 Mk. teurer geworden.

Auf Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten beschloß am Donnerstag das Stadtverordnetenkollegium in Chemnitz, 80 000 Mk. bereitzustellen für Beschaffung billiger Lebensmittel in der Zeit der Teuerung. Mittelständler und Händler liefen Sturm gegen diese Maßnahme, von der sie Gefährdung ihres Profits fürchteten. — Weiter gestellte sozialdemokratische Anträge auf Gewährung von Teuerungszulagen an städtische Angestellte wurden einer Kommission überwiesen.

Zur Teuerung.

Um den Folgen der Teuerung zu begegnen, nahm die Stadtverordnetenversammlung zu Wernigerode einstimmig einen Antrag der Sozialdemokraten an, den Einkauf von Lebensmitteln durch die Stadt und die Abgabe an Unbemittelte zum Selbstkostenpreise in die Wege zu leiten. Ferner wurde ebenfalls auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossen, eine Petition an die Reichsregierung zu richten, worin die Erleichterung der Einfuhr von Vieh und Fleisch aus den Nachbarländern gefordert werden soll. — Die Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg hatte eine gemischte Kommission zur Beratung von Maßnahmen gegen die Teuerung eingesetzt. Nach heftigen Auseinandersetzungen nahm die Kommission am 27. September eine Reihe von Anträgen an, die ausnahmslos auf die Einleitung von Erhebungen hinausliefen, deren Ergebnis der Magistrat „der Kommission sobald wie möglich zukommen lassen sollte". Anträge der Sozialdemokraten, den Magistrat zu ersuchen, die Löhne der städtischen Arbeiter sowie die Gehälter der städtischen Beamten und Angestellten, soweit sie unter 3000 Mk. betragen, um 25 Pfg. täglich zu erhöhen, und eine Aufforderung an die Arbeitgeber Magdeburgs zu richten, in der gleichen Weise vorzugehen, wurden von der Kommission gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Vertreter abgelehnt. — Statt die von der Kommission verlangten Erhebungen unverzüglich in die Wege zu leiten, ließ der Magistrat die Sache einfach ruhen und brachte sie dann auf die Tagesordnung der am 12. Oktober abgehaltenen Stadtverordnetensitzung. Den Beginn der Beratungen bildete hier nun ein Vorschlag des Stadtverordnetenvorstehers, von einer Beratung — Abstand zu nehmen; weil die Kommission ihre Beratungen noch nicht beendet habe. Der Oberbürgermeister erklärte, die Beschlüsse der Kommission nicht zur Ausführung gebracht zu haben, weil er des Glaubens gewesen sei, die Plenarsitzung müsse erst ihre Zustimmung geben! Daß eine derartige Behandlung der Angelegenheit einer offenbaren Verschleppung gleichkommt, wurde von den sozialdemokratischen Stadtverordneten in deutlicher Weise zum Ausdruck gebracht. Ihr Antrag, in die Verhandlung einzutreten, wurde aber mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Inzwischen kann die notleidende Bevölkerung weiter darben.

Die Teurungsdebatte im bayrischen Landtage

wurde Sonnabend beendet. Der Abg. Saechler (Soz.) faßte das Ergebnis in den Satz zusammen: „Der Berg hat gekreißt und ein Kaninchen ist geboren!" Der Eisenbahnminister verbreitete sich über die Maßnahmen auf dem Gebiete der Eisenbahntarifermäßigungen. Konsumvereinen sind diese Maßnahmen nicht gewährt, weil sie Erwerbsgesellschaften sind und wegen der Konkurrenz der kleinen Gewerbe. Der Finanzminister sprach über die finanziellen Maßnahmen zur Beseitigung der Futternot. In der Debatte führte der Bauernbündler Dirr aus, daß man sich bei der gegenwärtigen Teuerung nicht auf den extrem schutzzöllnerischen Standpunkt stellen dürfe.

Nächste Sitzung Dienstag.

Portugal.

Die Gegenrevolution scheint in den letzten Zügen zu liegen. Die Monarchisten, die auf spanisches Gebiet übergetreten sind, sollen entwaffnet sein.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 16. Oktober.

Der Vortragskursus des Genossen Dr. Duncker-Stuttgart beginnt morgen, Dienstag abend, präzise 8¾ Uhr. Wir ersuchen sowohl unsere Genossinnen und Genossen, als auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Lübecks recht zahlreich an dem Kursus teilzunehmen. Der Preis einer für alle vier Vorträge gültigen Dauerkarte beträgt dreißig Pfennig und sind solche noch im Parteisekretariat und beim Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells Heinrich Radden vorrätig. Am Dienstag abend sind auch Dauerkarten am Saaleingang zu haben. Für einzelne Vorträge beträgt der Eintrittspreis 10 Pfg. Doch ist es erwünschter, Dauerkarten zu entnehmen, weil nur diese zu der für den Zentral-Bildungsausschuß in Berlin bestimmten Statistik über Besuch, Beruf und Alter der Teilnehmer benutzt werden können.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag abend 6 Uhr statt.

Die Förderung des Seerüstungswahnsinns wird von dem Flottenverein eifrig betrieben. Auch in Lübeck besteht eine Gruppe dieses Vereins, die es für nötig hielt, an den Reichskanzler folgendes Telegramm zu senden:

> Eine vom lübeckischen Landesverein des deutschen Flottenvereins einberufene, von fast 2000 Personen besuchte Versammlung richtet in ernster Besorgnis um die durch die Mächtegruppierung bedrohte Sicherheit unseres Volkes an Euere Exzellenz die dringende Bitte, den Ausbau der Wehrmacht des Reiches zu Wasser zu beschleunigen und eine entsprechende Vorlage noch für das Etatsjahr 1912 den gesetzgebenden Faktoren zugehen zu lassen.
>
> Senator Dr. Eschenburg.

Davon, daß man die Mittel für den „Ausbau der Wehrmacht zu Wasser" durch eine Reichseinkommen- oder Vermögenssteuer, welche die reichen „Patrioten" treffen würde, aufbringen sollte, steht in dem Telegramm leider nichts. Bezahlen darf die große Masse des Volkes das von ihm bekämpfte Wettrüsten.

Die Komödie beginnt! Im Hansa-Theater, dem Variete, in welchem sonst Clowns, Humoristen und Soubretten dem Publikum durch ihre Späße die Zeit vertreiben, ließen gestern nachmittag die sogenannten vereinigten bürgerlichen Parteien ihre Künste spielen. Durch Flugblätter, die von Dienstleuten — die bürgerlichen Parteien genieren sich, selbst tätig zu sein — an Passanten abgegeben oder den Blättern beigelegt waren, lud man das p. t. Publikum ein, der Vorstellung beizuwohnen. Und die Neugierigen kamen. Sie wurden allerdings durch den Verlauf der Komödie arg enttäuscht, denn diese war nur sehr mäßig interessant. Den Direktor mimte der Vorsitzende der hiesigen Fortschrittlichen Volkspartei, Dr. Görtz, derselbe, der bei der Wahlrechtsverschlechterung nicht nur für die Scheidung der Bürger in zwei Klassen nach Maßgabe ihres Geldbeutels eintrat, sondern noch die Forderung stellte, daß die schon außerordentlich bevorrechtigten Wähler der ersten Klasse auch noch das Wahlrecht zur zweiten Klasse erhalten sollten.

Also ein ausgemachter liberaler Wahlrechtsfeind war der Leiter dieser „liberalen" bürgerlichen Aufführung. Als Hauptakteure waren Reichstagsabgeordneter Wiemer-Berlin und Klein-Lübeck angekündigt und erschienen. Was sie dem Publikum vormachten, waren die alten Tricks, die nur noch bei ganz harmlosen Gemütern ziehen. Einen famosen Witz machte übrigens Klein, als er unter den Augen seines Parteifreundes Dr. Görtz schwur, die Liberalen seien an dem Lübecker Wahlrechtsraub unschuldig wie Wickelkinder. Wie mag sich da Dr. Görtz, natürlich nur innerlich, gelacht haben. Mit leicht erkennbarer Absicht hatte man übrigens die Komödie so angesetzt, daß der Punkt „Diskussion" nur ein leeres Wort bleiben mußte. Um 4 Uhr, dazu das akademische Viertel, Beginn; zwei Referenten; 7 Uhr Schluß. Wann sollte dann wohl die berühmte „Diskussion" stattfinden? Die angekündigte „Diskussion" war somit nur Ogenverblenn! Daß unter diesen Umständen die Sozialdemokratie gar kein Interesse an der Komödie hatte, versteht sich von selbst. Im nachstehenden bringen wir ein kleines Bild von der Versammlung, wie es einer unserer Mitarbeiter gezeichnet hat:

Im Hansatheater wiederholte gestern der Reichsverbandskandidat Julius Klein seine abgeschwächte Kandidatenrede von Anno dazumal, schüttelte wie einst den Mischmaschanhang weit von sich ab und stellte sich als konsequenter Fortschrittsmann vor. Daß auch andere bürgerliche Parteien sein löbliches Tun unterstützten, dafür könne er nichts, dies zeuge nur von der Richtigkeit seiner Handlungsweise. Klein hofft durch die vollzogene Einigung der Liberalen endlich auf den Sieg — der, wie Dr. Görtz auch einleitend betonte, nicht ausbleiben könne. Ach nee! Abwarten und Tee trinken. Die letzten zwanzig Jahre der Entwickelung in Lübeck verbürgten die besten Aussichten, denn nur schwach sei die Mehrheit der Roten, die Klein als Mischmaschkandidaten bezeichneten, um die Massen irrezuführen. Wenn jemand den Mischmaschnamen verdiene, dann sei es gerade die Sozialdemokratie, die die geschichtlichen Gegensätze der Völker verwischen wolle. Man sollte es aber nicht für möglich halten, daß ein so fest im politischen Sattel Sitzender wie Herr Klein mit dem Witz hausieren geht, der Lübecker sozialdemokratische Führer habe ihn als Mann demokratischer Observanz bezeichnet. Nach dieser Selbstverspottung machte Klein den Rundgang im politischen Getriebe der vergangenen fünf Jahre, teilte den ganz Schwarzen und den Vollblutblauen im fernen Osten einige schwache Hiebe aus — die Vertreter beider Richtungen fehlten diesmal am Vorstandstisch —, verherrlichte das große nationale Band, das Alldeutschland, groß mit Klein verbindet und den Anfangsgrund jeder liberalen Politik bilden müsse. Elastisch müsse das reichumspannende Gummiband sein, um Arbeit und Brot für alle zu schaffen. Statt der Hottentottenkolonie, für die sich Klein bei der letzten Wahl ins Feuer legte, liebäugelte er diesmal mit Marokko, wie denn nur eine gewaltige Weltpolitik Deutschlands Errettung bringen könne. Klein will vor allem dem Mittelstand helfen, den Mittel- und Kleinbauern, auch für die Arbeiter hat er — mit dem Munde — viel übrig, und empfiehlt schließlich als treibende Kraft den Hansabund, der das vollführt, was Klein nicht ganz gelingt. Eine Weltanschauung trenne ihn und die Masse des Lübecker Bürgertums von der Sozialdemokratie. Herr Wiemer, die selbstgefällige parlamentarische Größe der Kleinen, himmelte nicht minder das Vaterland an, trat für den Militarismus ein, wünschte einige Reformen auf dem Verwaltungsgebiete und verleugnete den fortschrittlichen Anhang beim Hansabunde, dessen Beitritt Klein vorher empfohlen hatte. Politisch stehe die Fortschrittspartei dem (angeblich doch unpolitischen!) Hansabunde fern, seine wirtschaftlichen Ziele unterstütze sie. Und dann ging der Ritt auf die Sozialdemokratie los, getreu seines Vorgängers Eugen Richter. Die längst vergilbte Zukunftsstaatsbroschüre wurde heruntergehaspelt, der Gegensatz beider Weltengedanken bloßgelegt, der letzte Rest kapitalistischer Herrlichkeit dem braven Spießer mit breitem Behagen auf die Theaterbühne gestellt: Stiefelwichser und Geigenbauer — Überbleibsel, die die Enteigner nicht berauben konnten. So sieht nach Wiemer die Reise ins Rote Land aus. Bei Wiemer sinds Mitläufer, die der Liberalismus gewinnen wird, dem die Sozialdemokratie Anschauungen und Forderungen entlehnt hat!! Die Bebelsche Rede auf dem Jenaer Parteitag hatte ihm's ebenfalls angetan; sie sei für die Mitläufer gehalten und stehe mit der nachher gefaßten Resolution im Widerspruch. Die Versammlung wäre in trostloser Öde verlaufen, wenn nicht ein Arbeiter den seltsamen Geschmack besessen hätte, einige Worte in der Diskussion zu sprechen, die vielleicht ganz gut gemeint, aber recht überflüssig waren. Als Klein dann die Gelegenheit benutzte, um in der Weise des ihn protegierenden Reichsverbandes die Lübecker Sozialdemokratie zu vernichten, verließen einige der Anwesenden, die genug von der Sache hatten, das Lokal, was Klein zu der ihn charakterisierenden Bemerkung: „feige Gesellschaft" veranlaßte. Er habe sich im Gewerkschaftshaus die Verdrehungen gefallen lassen müssen, wo Herr Stelling die Frage der Arbeitslosenversicherung auf die Arbeitslosenunterstützung hinübergeleitet habe. Die Lübecker Liberalen seien aber keine Wahlrechtsräuber, wie in sozialdemokratischen Versammlungen immer betont werde. Bei der Wahlrechtsänderung sei die liberale Konstellation eine andere gewesen, trotzdem hätten die damaligen Liberalen nie ihr Einverständnis mit der Änderung bekundet. Für Wiemer waren die gegnerischen Worte auch ein gefundenes Fressen. Die „Schlagworte vom Gewerkschaftshaus" münzte er in liberale Phrasen um, und erzählte noch einmal eine Geschichte aus Richters Zukunftsstaat, nach der im sozialdemokratischen Lager Millionäre, Villenbesitzer und Leute vorhanden sein sollen, die ihr Vermögen auf großkapitalistische Art erworben hätten. Die Siegeszuversicht der Sozialdemokratie — die, wie alle drei Redner betonten, „ihre Endziele verschleiere" — werde hoffentlich durch das Hissen des Reichsbanners über Lübeck getrübt. Wir sind vom Gegenteil überzeugt und beneiden die Liberalen ob ihres ersten „Erfolges", wie Dr. Görtz betonte, nicht.

Lübecker Straßenbahn. Betriebsergebnisse für den Monat September 1911. Befördert sind: 1911: 641 140 Personen, 1910: 559 184 Personen, (+ 81 956 Personen). Inbetriebnahme der Moislinger-Allee-Linie am 18. August 1911, der Friedhofs-Allee-Linie am 6. September 1911. Eingenommen sind: 1911: 64 716,49 Mark, 1910: 54 393,66 Mark, (+ 10 322,83 Mark). Betriebsergebnisse für die Zeit vom 1. April bis 30. Sept. 1911. Befördert sind: 1911: 3 841 054 Personen, 1910: 3 497 649 Personen. (+ 343 406 Personen). Eingenommen sind: 1911: 385 387,93 Mark, 1910: 338 667,88 Mark, (+ 46 720,05 Mark.)

Statistische Monatsübersicht über die Stadt Lübeck im Septbr. 1911. Lübeck hatte nach der Fortschreibung des Statistischen Amts am 31. August 1911 98 476 Einwohner. Im Septbr. kamen 65 durch Geburtenüberschuß und 213 durch Wanderung hinzu, sodaß unsere Einwohnerzahl sich um 278 vermehrte und am 30. Septr. 1911 98 754 (1910: 97 370) betrug. Die natürliche Bevölkerungsbewegung war im abgelaufenen Monat folgende (die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf das Vorjahr); es betrug die Zahl der

	Summe		auf 1000 Einwohner	
Eheschließungen	47	(55)	5,79	(6,87)
Geburten	191	(222)	23,53	(27,74)
Sterbefälle	126	(106)	15,52	(13,25)

Die Eheschließungen nahmen also gegen das Vorjahr um 8 und die Geburten um 31 ab, die Sterbefälle dagegen um 20 zu. Unter den Geborenen waren 24 oder 12,57 Proz. (28 oder 11,61 Prozent) unehelich und 2 oder 1,05 Prozent (5 oder 2,25 Prozent) tot. Das Alter der Gestorbenen belief sich in 46 (33) Fällen auf unter 1 Jahr und in 26 (22) Fällen auf über 70 Jahre. Todesursache war in erster Linie Magen- und Darmkatarrh und Brechdurchfall, — nicht weniger als 35 Kinder haben daran ihr Leben eingebüßt —, ferner in 10 Fällen Altersschwäche und in je 8 Fällen Lungenentzündung und Krankheiten der Atmungsorgane. Ansteckende Krankheiten führten 10mal zum Tode, 5mal handelte es sich um Diphtherie, 2mal um Scharlach und je 1mal um Masern, Keuchhusten und Typhus. Zur Anzeige gebracht wurden 163 solcher Krankheiten, 89mal Masern, 38mal Scharlach, 31mal Diphtherie, 4mal Typhus und 1mal Wochenbettfieber. Gewaltsamen Todes starben 4, hiervon 1 durch Selbstmord. Die Wanderungsbewegung endete mit einem Gewinn von 213 Personen; 1968 Zuzügen standen 1755 Abzüge gegenüber.

Rettung aus Seenot. Von der Firma Holm u. Wonsild Nachf. wird uns mitgeteilt: Laut Telegramm aus Brahestad ist der deutsche Dampfer „Rhenania", Kapitän O. Lucas, nach fast achttägiger Reise von Lübeck dort eingetroffen. Der Dampfer traf unterwegs den in Seenot befindlichen Hamburger Dreimastschoner „Wilhelm", Kapitän Neumann, und brachte dies Schiff glücklich in Brahestad ein. — Das Schiff ist mit Schwefel beladen.

Zu sechs Wochen Gefängnis wurde ein hiesiger Arbeitgeber verurteilt, der den bei ihm beschäftigten Leuten die Beiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung abgezogen, aber das abgezogene Geld nicht für diesen Zwecke verwendet hat. Mögen sich andere Arbeitgeber das zur Warnung dienen lassen.

Die Wählerlisten
liegen nur noch bis morgen
aus. Niemand versäume, sich davon zu überzeugen, ob sein Name in der Liste verzeichnet steht.

Die Prozeßfähigkeit der Ehefrau. Nach der Zivilprozeßordnung wird die Prozeßfähigkeit einer Frau dadurch, daß sie Ehefrau ist, nicht beschränkt. Nur eine minderjährige Ehefrau ist, selbst wenn sie Handelsfrau ist, nicht prozeßfähig, sondern muß durch ihren Vormund vertreten werden. Was das eheliche Güterrecht anbetrifft, so bestimmt hierzu der Artikel 200 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch folgendes: „Soweit die Ehefrau nach den für den bisherigen Güterstand maßgebenden Gesetzen infolge des Güterstandes oder der Ehe in der Geschäftsfähigkeit beschränkt ist, bleibt diese Beschränkung in Kraft, solange der bisherige Güterstand besteht. Die Befugnisse, welche dem Ehemann in Ansehung der das Ehegut betreffenden Rechtsstreitigkeiten zukommen, werden durch jenen Grundsatz nicht berührt. Soweit danach dem Ehemann an dem Ehegut Nießbrauch und Verwaltung zusteht (§ 1363 B.-G.-B.), kann die Ehefrau in Ansehung dieses eingebrachten Ehegutes weder ohne Zustimmung des Ehemannes klagen, noch ohne Zuziehung des Ehemannes zum Prozesse, verklagt werden, soweit es sich wenigstens um die nach Eingehung der Ehe eingegangenen Verbindlichkeiten handelt. Soll die Ehefrau verklagt werden, so muß sie zur Zahlung, der Ehemann dagegen zur Duldung der Zwangsvollstreckung in das eingebrachte Gut mit verklagt werden. Der Zustimmung bezw. Zuziehung des Ehemannes bedarf es nicht zur Fortsetzung eines zur Zeit der Eheschließung anhängigen Rechtsstreites, zur gerichtlichen Geltendmachung eines Widerspruchsrechts gegenüber einer Zwangsvollstreckung, sowie bei Interventionsklagen der Ehefrau wegen Pfändung ihres Eingebrachten. Erteilt der Mann der Frau die Einwilligung zum selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts, so ist seine Zustimmung zu solchen Rechtsgeschäften und Rechtsstreitigkeiten nicht erforderlich, die der Geschäftsbetrieb mit sich bringt." Im Strafprozeß ist der Ehemann einer Angeklagten in der Hauptverhandlung als Beistand der Frau zuzulassen und auf sein Verlangen zu hören. In dem Vorverfahren (vorbereitenden Verfahren und Voruntersuchung) unterliegt die Zulassung des Ehemannes als Beistand dem richterlichen Ermessen. Der Ehemann einer beschuldigten Frau kann binnen der für den Beschuldigten laufenden Frist selbständig von den zulässigen Rechtsmitteln Gebrauch machen. Als Rechtsmittel kommen hier nach der Verurteilung die Einlegung der Berufung resp. Revision in Betracht. Bei der Privatklage hat der Tod des Privatklägers die Einstellung des Verfahrens zur Folge. War jedoch die Privatklage darauf gestützt, daß der Beschuldigte wider besseres Wissen in Beziehung auf den anderen eine unwahre Tatsache behauptet oder verbreitet hatte, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist, so kann die Klage nach dem Tode des Klägers von dem Ehegatten des letzteren fortgesetzt werden. Der Mann ist der Frau gegenüber auch verpflichtet (§ 1387 B. G.-B.) zu tragen: 1. die Kosten eines Rechtsstreites, in welchem er ein zum eingebrachten Gute gehörendes Recht geltend macht, sowie die Kosten eines Rechtsstreites, den die Frau führt, sofern nicht die Kosten dem Vorbehaltsgute zur Last fallen, 2. die Kosten der Verteidigung der Frau in einem gegen sie gerichteten Strafverfahren, sofern die Aufwendung der Kosten den Umständen nach geboten ist oder mit Zustimmung des Mannes erfolgt, vorbehaltlich der Ersatzpflicht der Frau im Falle ihrer Verurteilung. Eine allgemeine Verpflichtung zur Tragung der Kosten der von der Frau oder gegen die Frau geführten Rechtsstreite liegt dem Manne nicht ob. Inwieweit die Frau den Mann hier heranziehen kann, ist im § 1387 bestimmt. Nach der Ziffer 2 dieses Paragraphen haftet der Mann jedoch nicht für die Kosten eines gegen die Frau geführten Strafverfahrens, auch nicht für die Kosten in einer Privatklagesache (Beleidigung usw.) Der Mann haftet für die Kosten der Verteidigung auch hier nur, wenn er entweder der Verteidigung zugestimmt oder die Aufwendung der Verteidigungskosten geboten ist. In Ehesachen hat der Mann, da es sich um persönliche Angelegenheiten der Frau handelt, einen angemessenen Vorschuß für die Verteidigung zu bezahlen. Hat der Rechtsstreit die Scheidung, Nichtigkeit oder Anfechtung der Ehe zum Gegenstande, so kann das Gericht auf Antrag eines der Ehegatten durch einstweilige Verfügung für die Dauer des Rechtsstreits das Getrenntleben der Ehegatten gestatten. Würde hiernach die Frau auf Scheidung klagen, so ist ihr, wenn der Mann vermögend oder zur Zahlung von Unterhaltungsgeldern in der Lage ist, mittels einstweiliger Verfügung ein bestimmter Betrag zum Unterhalt anzuweisen. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Frau der Zustimmung des Ehemannes in folgenden Fällen nicht bedarf: 1. Zur Annahme oder Ausschlagung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses, zum Verzicht auf den Pflichtteil, sowie zur Errichtung des Inventars über eine angefallene Erbschaft, 2. Zur Ablehnung eines Vertragsantrages oder einer Schenkung, 3. Zur Vornahme eines Rechtsgeschäfts gegenüber dem Ehemann. Sofern nun die Ehefrau mit Prozessen usw. zu tun bekommt, möge sie vorstehende Ausführungen beachten. Handelt es sich aber um Prozesse gegen ihren Mann, so haftet sie nach § 1410 des Bürgerlichen Gesetzbuches keineswegs für die Schulden ihres Ehemannes.

Die Behandlung des Gartenbodens im Spätherbst. Im Herbst, nachdem sämtliches Gemüse eingeerntet, ist es an der Zeit, den Boden wieder für die nächstjährige Kultur vorzubereiten. Diese Vorbereitung besteht in der Ersetzung der von dem Gemüse dem Boden entzogenen Nährstoffe. Wann und wie soll der Boden nun bearbeitet werden? Die beste Zeit ist der Spätherbst, soweit das Land durch anhaltenden Regen nicht allzu naß geworden ist, damit das umgegrabene Land im Laufe des Winters gehörig durchfrieren kann. Denn die Einwirkung des Frostes auf den Boden des Gemüsegartens wird noch gar nicht hoch genug eingeschätzt. Der Frost gibt dem Boden eine mürbe Beschaffenheit, die besonders den Gemüsewurzeln so zusagt. Feldfrüchte sind für diese mürbe Beschaffenheit nicht in gleicher Weise empfindlich. Land, welches schon früh im Herbst gegraben und durch vielen Regen wieder festgeschlagen wurde, ist im Winter bei leichtem Frost zu schollern. Das geschieht, indem man mit einer schweren Hacke die gefrorenen Schollen lospickt und den noch ungefrorenen Boden freilegt. Die Schollen sind so zu legen, daß das Ganze eine recht unebene Fläche bildet. Wie tief man den Boden umarbeiten soll, richtet sich wesentlich nach der Beschaffenheit des Untergrundes. Viele sind der Ansicht, man brauche das Land nicht tiefer zu lockern als die Wurzeln der Gemüse gehen. Daß aber die Wurzeln, wenn noch tiefer gelockert würde, auch tiefer gehen würden, daß außerdem noch mancherlei andere Vorteile damit verbunden sind, wird ganz übersehen. Der naheliegendste Vorteil der tiefen Durchlockerung des Erdreichs liegt darin, daß es den Wurzeln möglich ist, sich schneller und weiter auszubreiten, mehr Nahrung zu finden und aufzunehmen, wodurch dann die Pflanzen auch schneller und üppiger wachsen und bessere Erträge liefern. Tief gelockerter Boden läßt ferner die Luft besser eindringen. Wer da weiß, wie wesentlich der Luftzutritt zu den Wurzeln für das Gedeihen der Pflanzen ist, der wird die gute Wirkung der tiefen Lockerung nach dieser Richtung hin nicht unterschätzen. Auch kann bei tiefer Lockerung übermäßige Feuchtigkeit leichter eindringen und abziehen, so daß die Wurzeln nicht unter übermäßiger Feuchtigkeit leiden. Ist es aber längere Zeit trocken, so steigt aus dem Untergrund in dem gelockerten Erdreich immer wieder Feuchtigkeit nach oben, ähnlich wie der Tropfen Wasser im Stück Zucker in die Höhe steigt; so kommt es auch, daß in diesem Boden die Pflanzen die Trockenheit besser überstehen. Tiefer als 50 cm soll man das Gemüseland aber nie umarbeiten; es sind dies zwei Spatenstiche; ein Spaten sticht etwa 25 cm. Hat man es aber mit Gartenland zu tun, dessen untere Schicht roh, schlecht und unfruchtbar ist, so arbeitet man jährlich nur einen kleinen Teil des Gartens, etwa ein Fünftel, tief um und bepflanzt diesen Teil bei reichlicher Düngung mit solchem Gemüse, die reichgedüngten, tiefgelockerten Boden sehr lieben; das sind vor allem die Kohlgemüse. So fährt man von Jahr zu Jahr fort, bis man den ganzen Garten kulturfähig gemacht hat. Es trifft dies vor allem bei schwerem, tonigem Lehmboden zu. Bei Sandboden übt das Rigolen — so nennt man die tiefe Lockerung — nicht annähernd eine so tief einschneidende Wirkung aus; auch läßt sich dieser schnell und mit bescheidenen Mitteln kulturfähig machen. Bei schwerem feuchten Boden kann man den Dünger im Frühjahr kurz vor der Bestellung untergraben; bei trockenem Sandboden jedoch ist der Dünger im Herbst schon mit unterzubringen, um sich unter dem Einfluß der Winterfeuchtigkeit mit dem Boden innig zu verbinden. Wollte man in trockenem Boden den Dünger erst im Frühjahr unterbringen, so würde er bei Mangel an Regen bleiben, wie er ist, und gar nicht mehr zur Wirkung kommen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Dienstag erscheint in neuer Einstudierung Shakespeares Tragödie „Romeo und Julia" auf dem Spielplan. In den Hauptrollen sind die Damen Wurtke, Laudien, Gerlach, sowie die Herren Schürer, Hoß, Nowack, Brunow, Schweißguth, Pauly und Heydecker beschäftigt. Die Inszenierung liegt in Händen des Herrn Oberregisseurs Brunow. — Für Mittwoch abend 8 Uhr befindet sich bei kleinen Preisen die Operette „Die Fledermaus" von Johann Strauß in Vorbereitung. Als Rosalinde gastiert Frl. Grete Braun vom Hamburger Operetten-Theater.

Sarkwitz. Eine Volksversammlung tagte hier gestern unter freiem Himmel auf dem Dorfplatze. Dieselbe war gut besucht. In eingehender Weise behandelte Genosse Stelling-Lübeck die kommenden Reichstagswahlen. Er wies hin auf die wahren Ursachen der letzten Reichstagsauflösung und schilderte dann die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien bei dem Reichsvereinsgesetz, der Finanzreform und der Reichsversicherungsordnung. Die Versammelten stimmten der Aufforderung des Referenten, jetzt schon in die Werbearbeit einzutreten, freudig zu. Nach einem kräftigen Schlußwort des Genossen A. Grabbet-Rensefeld als Versammlungsleiter fand die Versammlung ihr Ende.

Gr. Parin. Mit den bevorstehenden Reichstagswahlen beschäftigte sich eine gutbesuchte Volksversammlung gestern abend bei Herrn Dettmann. Das Referat hatte Genosse Stelling-Lübeck übernommen, der die Stellung der Sozialdemokratie zu den wichtigen politischen Fragen erläuterte. Mit der Aufforderung des Genossen A. Grabbet, mit aller Kraft heute schon für die Wahl des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten einzutreten, wurde die Versammlung geschlossen.

r. **Eutin.** Landtagswahlen. Die Wahlen zum oldenburgischen Landtage sind nun vorüber und das Ergebnis: 12 Sozialdemokraten, 14 Liberale, 19 Bündler, Zentrum und Nationalliberale, hat uns alle überrascht; die Mehrheit des schwarz-blauen Blocks ist dahin. Im ganzen Lande wurde heiß um die Palme des Sieges gestritten; Kampfesmut auf beiden Seiten. Wohl noch niemals ist ein Wahlkampf so energisch, zähe und mit solcher Schärfe

auf beiden Seiten und mit den schmutzigsten Verleumdungen auf der gegnerischen Seite geführt worden, wie diesmal. Das herrliche Wetter am Wahltage lud so recht zum Kampf ein und kaum war der letzte Schlag der elften Stunde verhallt, als die Gegner auch schon zum letzten Schlag ausholten. Droschken, sechs von Gymnasiasten geführte Fahrräder, sogar zwei Autos hatten sie in den Dienst der schlechten Sache gestellt, um all die Säumigen an die Urne zu bringen. Nationale Listenführer lösten sich in beiden Bezirken des öfteren ab: Patrouillen liefen hin und her: stand doch alles auf des Messers Schneide. Auch von Fissau sah man öfters durch Eutin Wagen rollen, voll von Wählern, die teilweise krank und im Kampfe ums Dasein grau geworden, die nach Neudorf zum Wahllokal fuhren. Schon schmunzelnd, einige für ihren Häuptling von Levetzow gewonnen zu haben, gings vom Hof des Wahllokals Neudorf in die Gaststube, ein Glas Bier oder Grog spielte gar keine Rolle, wollten sie doch das gute Herz den Arbeitern gegenüber zeigen. Sodann hieß es wählen, gefolgt vom Herrn. Aber wir waren auch auf dem Posten und haben den Agrarien arg die Suppe versalzen. In allen anderen Bezirken wird der Kampf ebenso erbittert geführt sein: kam es doch auf jede Stimme hier an. In Flugblättern und Eingesandts unternahm man die gemeinsten Anwürfe gegen uns und die Liberalen. Besonders Herrn Steenbock setzte man so stark zu, daß nur echte überzeugungstreue denselben veranlaßt haben kann, nicht die Flinte ins Korn zu werfen. „Ein S. in Malente", „Ein nationaler Wähler", „Fr. Voß, Stockelsdorf", „Das nationale Wahlkomitee in Stadt und Land", „Die Lehrer im nördlichen Fürstentum usw., das waren die Unterzeichneten der Flugblätter und Eingesandts, aber keiner hatte den Mut, in der liberalen Volksversammlung auf Aufforderung der Herren Dr. Körner, Steenbock und unseres Genossen Rebenstorf das Wort zu nehmen. Der letzte Trumpf wurde noch von den Nationalen am Wahltage ausgespielt, indem sie noch ein Flugblatt verbreiten ließen. Glaubten wir schon früher, daß von den Gegnern schon das menschenmöglichste geleistet sei, so setzte doch diese Schmähschrift allem anderen die Krone auf. Die vaterlandslose, alles zerstörende, auf den Umsturz der heutigen Gesellschaftsordnung hinzielende Sozialdemokratie war darin das Schreckgespenst, das den Wählern vorgeführt wurde. Das Letzte war: Habt Ihr denn den letzten Streik, soll wohl heißen Aussperrung, schon so bald vergessen. — Es hat alles nichts genutzt, auf dem Schlachtfeld liegt besiegt von der Sozialdemokratie, unterstützt von den Liberalen, der Häuptling der Agrarier: v. Levetzow-Sielbeck. 98 Proz. der Wähler hatten in Eutin ihr Wahlrecht ausgeübt.

Mölln. Ein schwerer Überfall ist Freitag früh auf dem Wege von Altmölln nach Mannhagen an dem Schuhmacher Falk aus Mannhagen verübt worden. F. wurde von zwei Wegelagerern angegriffen und zu Boden geschlagen. Hände und Füße wurden ihm zusammengebunden und der Mund mit einem Tuch verstopft. Dann nahmen die Räuber ihm die Uhr und 400 Mk. ab. Der besinnungslose Falk wurde in eine Mergelgrube geworfen, wo er erst nachmittags von dem Mannhagener Milchfuhrmann aufgefunden und seiner Fesseln entledigt wurde. Eine große Blutlache bedeckte die Stelle, wo er gelegen hatte. Der herbeigerufene Arzt stellte lebensgefährliche Verletzungen fest. Die Verfolgung der beiden Strolche ist durch den bedeutenden Vorsprung, den sie erlangt haben, sehr erschwert.

Hamburg. Ein schwerer Unglücksfall am neuen Gasometer des Gaswerkes I, Grasbrook, ereignete sich Sonnabend nachmittag gegen 4 Uhr. Mehrere Maler waren mit dem Streichen des Gasometerbodens beschäftigt, als plötzlich die Stellage herunterbrach und zwei Maler in die Tiefe stürzten. Der eine Maler war gleich tot, der andere gab noch Lebenszeichen von sich, ob er dem Leben wird erhalten bleiben, läßt sich noch nicht sagen.

Rendsburg. Zu den Differenzen auf der Karlshütte in Rendsburg. Nachdem die Former und Gießereiarbeiter die Arbeit eingestellt hatten, wurden 24 andere Arbeiter zu den Arbeiten in den Gießereien beordert. Da diese die Arbeitsleistung verweigerten, erfolgte ihre Entlassung; ebenso erging es weiteren 6 Arbeitern. Zum Leidwesen der Direktion ist es gelungen, sämtliche Arbeiterfamilen, die Werkswohnungen inne hatten und die rücksichtslos auf die Straße gesetzt wurden, anderweitig unterzubringen. Die Direktion hat an die streikenden Arbeiter frankierte Postkarten gesandt, die folgenden Aufdruck haben: „Unterzeichneter beantragt hierdurch Anstellung auf der Karlshütte, die Aufnahme in den Werkverein und Vermietung einer Wohnung." Eine weitere, als Einschreibsendung frankierte Karte mit der gedruckten Adresse der Geschäftsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Rendsburg hat folgenden Wortlaut: An das Bureau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Unterzeichneter erklärt hiermit seinen Austritt aus dem Verband. Leicht soll der Verrat den Arbeitern gemacht werden und kosten läßt es sich die Direktion auch etwas! Auf die Benutzung der Karten zu dem beabsichtigten Zweck wird sie allerdings lange warten können. In der der Direktion nahestehenden bürgerlichen Presse gibt die Direktion nach ihrer Art einen Bericht über den Ausstand. Nicht — wie die Direktion schreibt — sind die Arbeiter wegen der Entlassung von zwei Mann ausständig geworden, sondern die später erfolgten, fortgesetzten Maßregelungen und der Zwang, dem gelben Werkverein beizutreten, hat die Arbeiter dazu veranlaßt. Interessant ist aber die Angabe der Direktion, daß von den 219 ausständigen Arbeitern 56 in den Jahren von 1901 bis 1906 dort in Arbeit getreten sind und 70 schon von dem Jahre 1900 dort beschäftigt sind. Die Direktion scheint garnicht zu bemerken, daß sie damit aller Welt offenbart, wie arg sie es getrieben haben muß, wenn sich diese alten Arbeiter veranlaßt sehen, ihre bisherige Arbeitsstätte zu verlassen. Neben den sonstigen Herrlichkeiten, die die Arbeiter auf der Karlshütte hatten, werden auch die Werkswohnungen wieder genannt. Dieselben Wohnungen, aus denen die Direktion jetzt die Arbeiter mit Weib und Kind hinausjagen ließt. Jetzt ist die Direktion auf der Suche nach „Arbeitswilligen". Einige Exemplare sind als abschreckende Beispiele in Rendsburg bereits eingetroffen. Brauchbare Arbeiter werden sich zu solchen Diensten nicht verleiten lassen.

Bremen. Friede in der Bremer Brauindustrie. Nach zehntägigem Streik ist, wie bereits kurz gemeldet, der Ausstand der Bremer Brauereiarbeiter mit Erfolg beendet worden. Nachdem eine Versammlung der Brauereiarbeiter am Donnerstag den 12. Oktober das Angebot der Brauereien in bezug auf die Arbeitszeit akzeptierte, unter der Bedingung, daß in anderen Fragen bestimmte Zugeständnisse gemacht werden, fanden Donnerstag nachts wieder Verhandlungen vor dem Gewerbegericht statt, wo es zur Einigung kam. Die erzielten Erfolge sind: 9½-stündige Arbeitszeit, Lohnerhöhung von 1,25 bis 4 Mk. pro Woche während der Tarifdauer. Die sofortigen Zulagen betragen 1—3 Mk. pro Woche. Für die Prozentefahrer wurde ein Lohn von 1900 Mk. jährlich garantiert. Die Überstunden wurden um 5 und 10 Pfg. aufgebessert, und anderes mehr. Eine Versammlung der Brauereiarbeiter am Freitag, den 13. Oktober, erklärte sich einstimmig mit dem Erreichten zufrieden. Am Sonnabend, den 14. Oktober, erfolgte die Arbeitsaufnahme. Geschlossen wie die Arbeiter den Streik aufnahmen, kehrten sie auch wieder an die Arbeit zurück. Die Hintzebrüder aus Hamburg, die nun ihre Mission erfüllt haben, allerdings nicht mit dem Erfolg, den die Unternehmer erhofften, sind wieder abgezogen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co Sämtlich in Lübeck.

Zum 1. Januar **Wohnung** 165 Mk. zu vermieten Moislinger Allee 139.

2. Etage, 3 Zimmer m. Zubehör zum 1. Januar zu vermieten. **Jacob Meier,** Warendorpstr. 19a.

Ein Winter-Paletot billig zu verkaufen Lindenstr. 57, I.

Entlaufen eine Wolfshündin mit Halsband und Steuerzeichen. Hört a. d. N. Minka. Abz. Arnimstr. 12a.

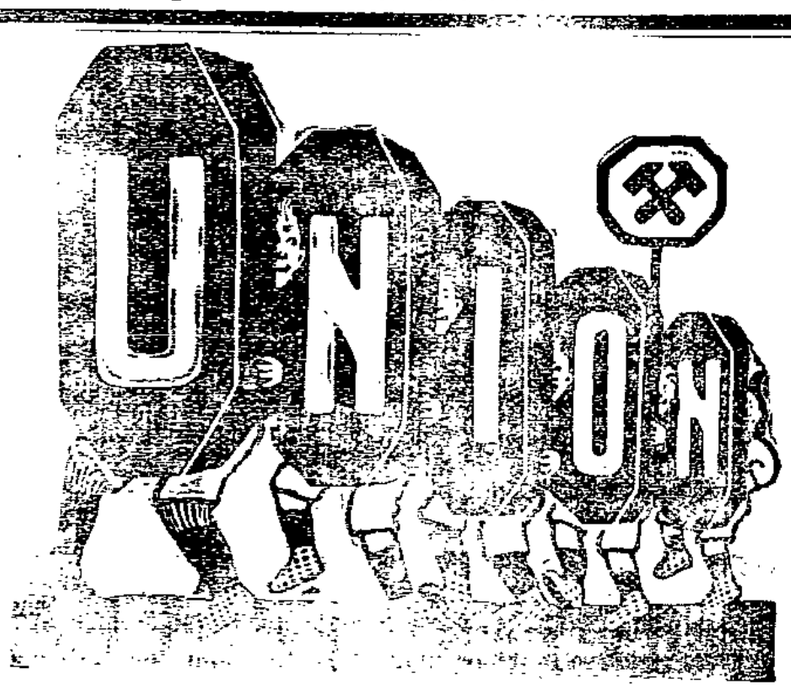
Gelegenheitskauf!

Durch billigen Einkauf eines Postens **Schafe** von heute an Pfund **60** Pfg., **Keule** Pfd. **70** Pfg.

Fr. Möller
Wakenitzmauer 86.

Kleine Wohnung zu vermieten an alleinstehende Leute od. Witwe Näheres Kl. Gröpelgrube 20

Großes Ausspielen
von
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am Dienstag, 17. Oktober.
Anfang 10 Uhr vormittags.
Einsatz 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
H. Eulert, Gr. Burgstr. 27.



Gesangverein der Zimmerer.

Quartals-Versammlung
am Dienstag, 17. Oktober
abends 8½ Uhr
bei **J. Mohr,** Hundestraße 101.
Das Erscheinen der passiven Mitglieder ist wegen einer Vereinsangelegenheit erwünscht.
Der Vorstand.
NB. Vorstandsmitglieder um 8 Uhr.

Dilettanten-Club Freiheit.

Gr. theatralischer Abend
am Donnerstag, 19. Oktbr. 1911
im Konzerthaus „Flora".
Nebenhofstraße.
Zur Aufführung gelangt:
Der Denunziant.
Gr. Schauspiel in 4 Aufzügen.
Kassenöffn. 7½ Uhr. Anf. 8½ Uhr.
Eintritt 80 Pf. Programm frei.
Kinder die Hälfte.

Der neue Weltkalender
für **1912** ist erschienen.
Preis 40 Pfg.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Wir bringen Ihnen das billigste und beste Heizmaterial!

Kein Russ! Kein Rauch! Keine Schlacken!
Grosse Hitze! Langdauernde Glut!

Union-Brikets!
Erhältlich in den Kohlenhandlungen!

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, d. 18. Oktober 1911
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
3. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Wilhelm Furtwängler.**
Solist: Herr E. Corbach (Cello).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Aufforderung zum Tanz Weber-Weingartner.
Ungarische Rhapsodie Nr. 13 Fr. Liszt.
Ouverture zu „Der fliegende Holländer" R. Wagner.
Ouverture zu „Die Regimentstochter" G. Donizetti.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.
Eintrittspreis 50 Pfg. Im Vorverkauf 10 Eintrittskarten 3 Mk. Einzelkarten 40 Pfg. bei den bekannten Verkaufsstellen zu haben.
Numerierter Platz 70 Pfg. Im Vorverkauf 10 numerierte Eintrittskarten 5 Mk. Numerierte Einzelkarten 60 Pfg. nur bei F. W. Kaibel, Breite Straße 40.

Kauft man von
Norden, Süden, Osten, Westen
es bleiben
Duves Betten
doch die besten.
L. Duve, Grosse Burgstrasse 32.

Arbeiter-Bildungsverein Lübeck.

Vorstellung im Neuen Stadttheater
am Sonntag, d. 22. Oktober 1911,
nachmittags 3 Uhr.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Komödie in 4 Akten von Oscar Wilde.
Preis der Karte 60 Pfg., inklusive Garderobe.

Die **Auslosung der Plätze** erfolgt am **Sonnabend, dem 21. Oktober,** abends von 6½ bis 9 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50/52.

Die gelöste Karte berechtigt nicht zum Eintritt, sondern ist bei der Auslosung gegen Empfang der numerierten Billette zurückzugeben.

Karten sind im Gewerkschaftshaus, im Parteisekretariat, in der Expedition des „Lübecker Volksboten" und in den Verbandsbureaus zu haben.

Der Vorstand.

Hansa-Theater
Ab 17. Oktober täglich 8¼ Uhr:
Original-Parisiana-Gastspiel
mit den neuesten Schlagern der Saison.
Das starke Stück. Schwank in 1 Akt von Julius Heck.
Der Geldbriefträger. Schwank in 1 Akt v. Emil u. Arnold Golz.
Beregiss. Drama in 1 Akt von André de Lorde u. P. Chaine.
Die unmoralische Wohnung. Schwank in 1 Akt von Alex Engel.
Seit dem vorjährigen Gastspiel des Original-Parisiana im Hansa-Theater gastierte das Ensemble in Hannover (Mellini-Theater), Berlin (Apollotheater), Chemnitz (Zentraltheater), Leipzig (Kristallpalast), Dresden (Viktoria-Salon), Breslau (Liebichs Etablissement), Köln (Reichshallentheater), Elberfeld (Thaliatheater), München Deutsches Theater) 2c.
Vorverkauf bei **Sager.**
Vorzugskarten zu ermäßigten Preisen an der Abendkasse, — **wochentags** gültig, sind in den durch Plakate kenntlichen Geschäften gratis zu haben.

Neues Stadttheater.
Dienstag, 17. Oktober. 7½ Uhr.
Voll-Abonn. 28. Dienstag-Ab. 5
Romeo und Julia.
Tragödie von Shakespeare.
Mittwoch, 18. Oktober. 8 Uhr.
Bei kleinen Preisen!
Gastspiel Grete Braun
vom Hamburger Operetten-Theater.
Die Fledermaus.
Rosalinde — Frl. Braun a. Gast.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 242. Montag, den 16. Oktober 1911. 18. Jahrg.

Das Wahlrecht und der Beamten-Diensteid.

Die Schweinburgschen „Politischen Nachr.“ schreiben in Nr. 238 vom 12. Oktober:

„Die Behauptungen der demokratischen Presse, daß der Diensteid die Wahlfreiheit der Beamten nicht beeinträchtige, wird als Regel für zutreffend anzuerkennen sein. Soweit es sich um die Wahl von Mitgliedern der Parteien handelt, die auf dem Boden unserer Staatsordnung und der Integrität unseres Staates stehen, legt der Diensteid den Beamten keinerlei Beschränkung auf. Aber diese Regel erleidet selbstverständlich eine Ausnahme, wo es sich um die Wahl von Mitgliedern solcher Parteien handelt, deren Bestrebungen sich auf die Umwälzung der Grundlage unserer Staatsordnung oder gegen die äußere Abgrenzung unseres Staates richten. Jede Unterstützung solcher Parteien ist völlig unvereinbar mit dem Treueid des Staatsbeamten. Das gilt im übrigen insbesondere auch von der Unterstützung solcher Parteien durch Ausübung des Wahlrechts. Der Beamte, der nach seiner Überzeugung glaubt, Kandidaten solcher Parteien seine Stimme geben zu müssen, hat innerlich bereits einen vollständigen Bruch mit der Auffassung von der Beamtenpflicht vollzogen, die in dem Treueide zum Ausdruck gelangt. Seine moralische Pflicht wäre es daher, aus der Beamtenschaft auszuscheiden. Unterläßt er dies, so würde es naturgemäß die Pflicht der Regierung sein, ihn aus ihrem Beamtenkörper auf dem hierzu gegebenen Wege auszuscheiden. Gegenüber den demokratischen Bestrebungen, die Beamten zur Stimmabgabe für Sozialdemokraten oder Polen zu verleiten, ist daher auf das nachdrücklichste darauf hinzuweisen, daß eine solche Stimmabgabe unvereinbar mit dem Treueide des Beamten sein würde und naturgemäß die entsprechenden Konsequenzen nach sich ziehen müßte.“

Es bleibt eine einschneidende Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Beamten, wenn man ihnen das freie Wahlrecht nur bedingungsweise gestatten will, auch wenn die Aufhebung der Wahlfreiheit sich nur auf Polen und Sozialdemokraten beziehen soll. Das Wahlrecht ist glücklicherweise geheim und die Beamten, die hier zu Staatsbürgern 2. Klasse degradiert werden sollen, täten gut, ihrem Protest gegen diese Behandlung gerade in der Weise Ausdruck zu geben, die von der halboffiziösen Korrespondenz mit so kräftigen Worten verpönt wird.

Daß übrigens sich auch in konservativen Kreisen der Widerstand gegen diese mißbräuchliche Ausnützung des Diensteides regt, zeigt ein Artikel über Fahneneid und Staatsbürgerrecht im Oktoberheft des konservativen „Türmer“. Der Verfasser kommt nach eingehenden Untersuchungen über die Bedeutung des Fahneneides im absolutistischen Zeitalter zu dem Schluß:

„Der konstitutionelle Souverän darf aus dem ihm nur vor dem Staat geleisteten Fahneneid weder Ansprüche erheben, die gegen eben diesen Staat gerichtet sind, noch solche, denen die Absicht innewohnt, den staatsbürgerlichen Charakter des Eidespflichtigen in einer bestimmten Richtung zu beeinflussen. Streng genommen sind also Ansprachen an die Garde, sie müßte, wenn der Kriegsherr es befiehlt, auch auf Väter und Brüder schießen, (zu dem Befehl ist der konstitutionelle Herrscher nur in Wahrnehmung der Staatsinteressen berechtigt, wenn er also in Übereinstimmung mit den anderen, die Verfassung stützenden Instanzen handelt), Verbote, gewisse Zeitungen und Zeitschriften zu lesen, kurz alle Willens- und Meinungsäußerungen des konstitutionellen Herrschers, die dem Fahneneid eine über die rein militärische Sphäre hinwegreichende Kraft geben wollen, mit dem konstitutionellen Staatsgedanken nicht zu vereinbarende Überschreitungen der Eidesgewalt des konstitutionellen Herrschers.

Formal folgt daraus: Der Fahneneid verpflichtet den Eidespflichtigen in seiner Gesinnung überhaupt nicht, in seiner staatsbürgerlichen Betätigung wird er durch ihn nur soweit beschränkt, als ihr praktisch durch die mit dem Fahneneid übernommenen Dienstpflichten Grenzen gezogen sind. Grundsätzlich hebt also der Fahneneid das Recht der Heeresangehörigen auch auf politische Betätigung nicht auf. Nur Gründe der Zweckmäßigkeit, nicht der Logik haben dazu geführt, den Heeresangehörigen politische Betätigung zu untersagen und sie für die Dauer ihrer Dienstpflicht durch Versagung des politischen Wahlrechts auch der vollen Staatsbürgerlichkeit zu entkleiden. In Zeiten schwerer innerer Erschütterungen hebt sich dieser Zustand aber immer selbständig auf, das Heer ergreift dann Partei. Dagegen gibt es selbst im absolutistischen Staat keine Garantie. Das Heer hat in ihm schon den Thron gestützt gegen das Volk, es ist des Volkes Waffe gewesen gegen den Souverän, um von ihm Reformen zu erzwingen, um ihn zur Abdankung zu nötigen, selbst um an die Stelle des monarchischen Staates die Republik zu setzen. Im konstitutionellen Staat kann es nicht anders sein. . . .

In ruhigen Zeiten, die wir unserm Staatswesen für Menschenalter, für immer wünschen, sollen die Heeresangehörigen während ihrer Dienstzeit aber nur ihrer Dienstpflicht leben. Der Lebensprozeß des Staates soll sich vollziehen ohne ihre aktive Teilnahme. Nur diese negative Fessel, das sei nochmals betont, ist die staatsbürgerliche Konsequenz des Fahneneides für die aktiven Heerespflichtigen und sie auch nur aus Zweckmäßigkeitsgründen.

Tatsächlich liegen aber die Dinge bei uns wesentlich anders.

Unser aktives Heer, dem Anschein nach wenigstens sein ganzes aktives Offizierkorps, fühlt sich aus dem Fahneneid nicht zu politischer Neutralität, sondern zu ganz bestimmter parteipolitischer Gesinnung und auch — Betätigung verpflichtet.

Schon das erste ist bedenklich. Die Lasten des Heeres trägt das gesamte deutsche Volk ohne Unterschied der politischen Gesinnung; ohne Unterschied der politischen Gesinnung stellt es seine Söhne zum Dienst im Heer. Da darf es fordern, daß die Befehlsgewalt, der es sie im Heer unterstellt, ihre Gesinnung unangetastet läßt. Dafür ist eine Garantie aber schon nicht mehr vorhanden, wenn in den Offizieren und durch sie in den Unteroffizieren von den obersten Instanzen aus die Empfindung festgelegt wird, der Fahneneid verpflichte zu einer ganz bestimmten, der konservativen Gesinnung. Und wer will bestreiten, daß in dem weitaus größten Teil des Offizierkorps der Glaube großgezogen ist: „Wir haben Majestät den Fahneneid geleistet, Majestät ist konservativ, folglich müssen wir auch konservativ sein“? . . .

Das ist es, was seinen Ausdruck in jenem Ausmarsch der Elisabeth-Grenadiere aus der Luisenkirche in Charlottenburg fand, den man als Groteske abtun möchte, wenn er nicht nach verschiedenen Richtungen so bezeichnend wäre . . .

Welche ungeheuerliche Arroganz liegt nun nicht schon darin, daß ein Offizier, der auf dem Exerzierplatz sehr tüchtig sein mag und doch von den Gegenwartsströmungen des religiösen Lebens vielleicht weniger weiß, als einer der seiner Obhut anvertrauten Grenadiere, es wagt, so wie das in der Luisenkirche geschah, sein Urteil über die seelsorgerische Tätigkeit eines Mannes zum Ausdruck zu bringen, der sein ganzes Sein religiösem Dienst widmet. Welche Vergewaltigung aber auch der militärischen Untergebenen, die dem militärischen Befehl folgend, die Luisenkirche verlassen mußten! . . .

Wer in die Dinge nicht gedankenlos hineinschaut, der erkennt in ihnen die Ansätze zu einer furchtbaren Gefahr für die gesamte Kultur, die Anfänge einer Soldatendiktatur, über deren unvermeidlichen Ausgang das Geschick des römischen Prätorianertums nicht den leisesten Zweifel lassen kann . . .

Das Ergebnis solcher Erörterung ist, daß im konstitutionellen Staat der Fahneneid wie jeder andere öffentliche Eid nicht dem Souverän persönlich, sondern ihm nur in Stellvertretung des Vaterlandes geleistet wird, möge er sich seinem Wortlaut nach auf den Souverän beziehen. Dem Vaterland gilt der Fahneneid, gilt der Eid des Beamten. Es ist Bestimmung weder des einen noch des andern, über das begrenzte Gebiet des von ihnen erfaßten Pflichtenkreises hinweg den Staatsbürger in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Pflichten gegen das Vaterland zu beschränken. Keiner verpflichtet zu bestimmter Kulturanschauung, zu bestimmter Weltanschauung. Man meide die Fortsetzung der Versuche, ihnen diese Auslegung zu geben. Hinter ihnen lauern Gefahren, die noch jedes Volkes Niedergang bedeuteten. . . . .“

Aus der Partei.

Wenn Sozialdemokraten Wilhelm II. nicht hoch leben lassen. Nachfolgender Bescheid des Amtsvorstehers von Ossowke, Kreis Flatow in Westpreußen, auf das Gesuch um Abhaltung einer Versammlung unter freiem Himmel eröffnet neue Perspektiven für strebsame Leute:

Ossowke, den 4. Oktober 1911.

Herrn Fritz Beckmann, Flatow.

Auf das Gesuch hin vom 2. Oktober d. J. zwecks Veranstaltung einer öffentlichen politischen Volksversammlung unter freiem Himmel in dem Garten des Joh. Jahnke II zu Tarnowka teile ich Ihnen mit, daß ich die polizeiliche Genehmigung hierzu versagen muß; es ist durch Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten.

Begründung: Tarnowke setzt sich zum großen Teil aus Ackerwirten zusammen, welche sämtlich königstreu sind. Diese besitzende Klasse wünscht und will nicht, daß die Jugend von Tarnowka unserem Kaiser entfremdet wird. Wenn echt deutsche Männer und Jünglinge zusammentreten, gedenken sie zuerst ihres Landesfürsten. Dies haben Sie bei der im Sommer d. J. veranstalteten Versammlung in Tarnowka nicht getan. Sie haben dadurch eine Erbitterung in der besitzenden Klasse hervorgerufen. Da nun zu befürchten ist, daß bei einer nochmaligen Versammlung Ihrerseits dieselbe durch Zwischenrufe der Besitzer unterbrochen werden würde, und es zu tätlichem Einschreiten der Parteien kom-

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kretzer.

(15. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Der schöne Dedo verstand sie beide. Und zugleich erinnerte er sich daran, daß auch hinter dem großen Kontor ein Ausgang sei. Leicht rot geworden, verabschiedete er sich in süßlicher Weise von der Treulosen, indem er ihr wiederum durch den Handkuß seine Ehrfurcht bewies. Aber seine Augen waren plötzlich größer geworden; und sein Blick hatte etwas Sengendes bekommen, etwas Dreistes, Vielsagendes ohne Worte. „Auf Wiedersehen, meine Gnädigste, auf baldiges Wiedersehn,“ stammelte er mit keuchendem Atem.

„Soll uns freuen, Herr Emmerich,“ erwiderte sie freundlich. Aber es war nur eine Redensart.

Dann schritt sie der Wohnungstür zu, während Emmerich nun ernstlich nach seinem Pelz griff.

Als dann Frau Ernestine nach einer Viertelstunde bereits zurückkehrte, weil ihr der ganze Appetit vergangen war, rief sie Günther wieder zu sich herein, um ein paar Worte über Emmerich mit ihm zu wechseln.

Frobel junior schien schon darauf gewartet zu haben. „Ein lästiger Mensch, dein alter Anbeter,“ platzte es ihm sofort heraus; „er stellte sich einfach an mein Pult und fing mit mir ein Gespräch an, so in der Art eines Gönners, weißt du. Dabei sah er mir fortwährend in die Augen und sagte: die ganze Mama, die ganze Mama. Wirklich aufdringlich!“

„Das meinte er gewiß nicht so schlimm, er stellte doch nur eine Tatsache fest“, beruhigte sie ihn.

„Ich hatte ihn aber doch deutlich genug abfallen lassen“, sagte Günther in derselben Tonart.

„Willst du mir sagen, Günther, weshalb du das eigentlich getan hast? Es lag doch keine Veranlassung vor, denn er freute sich nur, dich kennen zu lernen. Es war mir recht unangenehm und Papa jedenfalls auch. Diese Schroffheit liegt dir doch sonst gar nicht.“

Da blieb Günther vor seiner Mutter stehen, sah sie mit seinen klugen Augen ein Weilchen schweigend an und sagte dann erst, leicht gereizt: „Wenn du das nicht begreifst, Mama . . . !“ Er hob die Schultern und spazierte enttäuscht durchs Zimmer.

Frau Frobel blickte ihm verwundert nach. „Aber er hat dir doch nichts getan, rein gar nichts.“

Mit einem Ruck wandte sich Günther um. „Dir aber Mama, dir aber! Er ist ein schäbiger Charakter, und deshalb ist er mir unsympathisch, im höchsten Grade unsympathisch. Ich begreife überhaupt nicht, wie ihr noch so viel Umstände mit ihm machen könnt.“

Erschreckt sah sie ihn an, denn es lag etwas in seinem Gesicht, was für mehr als nur äußerliche Aufregung sprach; und so sagte sie denn, beinahe eingeschüchtert durch diese Art seiner Sohnesliebe: „Das ist sehr hübsch von dir, mein Junge, daß du so fühlst; aber du legst dieser Sache eine zu große Bedeutung bei. Du kannst dir eben die Lage mancher Menschen nicht vorstellen, weil es dir in deinem Leben bisher an nichts gefehlt hat.“

„Jedenfalls würde ich nie in meinem Leben schnorren gehen, liebste Mama.“

„Das sagst du jetzt“, wandte Frau Frobel sanft ein. „Übrigens kann hier von Schnorren nicht die Rede sein, und du würdest mich nur unnötig kränken, wenn du dieses Wort in bezug auf Herrn Emmerich weiter gebrauchtest. Denn, um es dir nur gerade heraus zu sagen, mein lieber Sohn — ich habe diesen Mann einstmals geliebt; nicht bloß angeschwärmt, womit ihr mich manchmal aufzuziehen pflegt, sondern wirklich tief und wahr geliebt. Jawohl, mein Junge, sieh mich nur groß an: es ist so. Du bist der einzige von deinen Geschwistern, zu dem ich so offen spreche, gerade heute, weil die Ursache dazu vorliegt. Es ist jetzt nicht der Augenblick, um dir diese lange Geschichte aufzutischen, aber ein andermal soll es geschehen. Damit du wenigstens einen Teil meiner Handlungen begreifen lernst. Und nun komm, sei vernünftig, gib mir einen kleinen Versöhnungskuß und geh dann, besorge deine Arbeit.“

Sie hätte das Günther nicht erst zu sagen brauchen, denn wie ein großes, nach Verdienst gestraftes Kind, das auf Verzeihung wartet, flog er zu ihr hin und küßte sie nicht nur einmal, sondern zwei-, dreimal; und dann küßte er ihr die Hände und stammelte mit rührender Beschämung; „Nicht böse sein, Mama, nein? Liebstes Mamachen! Ich will ja nun alles verstehen, alles. Aber nicht böse sein, nein? Was ich sagte, geschah ja nur aus Verehrung für dich. Sieh mal, Liebe zu den Eltern ist ja beinahe selbstverständlich, aber ich verehre dich ganz unbegrenzt, ganz närrisch sogar.“

„Das weiß ich, mein liebster, liebster Junge.“

Und Günther war nahe daran, sich auf ihren Schoß zu setzen, um nun wirklich zu einem Kinde zu werden, als Herr Dietrich Frobel auf steifen Beinen von seinem Gang durch Kontor und Geschäft zurückkehrte und den Hohenfriedberger auf seinen Lippen ersterben ließ.

„Na, knutscht ihr euch wieder ein bißchen ab?“ sagte er meckernd. „Was ist denn los, was ist denn los? — Tinchen, Tinchen! Die Hälfte dieser Küsse sollte mir gelten. Min—de—stens. Aber du vernachlässigst mich gründlich, ganz gründlich.“ Und er drohte ihr scherzend mit dem Finger und drohte auch dem Abgott, wobei er ihn darauf aufmerksam machte, daß er ihn, seinen Vater, ganz gehörig eifersüchtig machen werde, wenn dieses Anhimmeln schon in seiner Gegenwart solchen Umfang annehme.

Herr Dietrich Frobel hatte heute seinen witzigen Tag, das merkte man denn auch weiter, als er von seinem Rundgang durch das Geschäft sprach, der heute in Begleitung des Sängers ein ganz gründlicher gewesen war. Denn er mußte sich doch „einmal sehen lassen“. Natürlich, natürlich! Und diesmal hatte er Gelegenheit genug gefunden, seine Weisheit anzubringen und dem Personal mit der Kenntnis der Branche zu imponieren, denn seine Erklärungen zu Emmerich waren mit Absicht sehr laut geschehen.

„Was soll ich dir sagen, Tinchen —: ich bin noch völlig firm in allen Dingen, meine Geschäftskenntnisse sind geradezu fabelhaft. Als hätte ich erst gestern das Zepter an dich abgetreten. Man staunte, man staunte.“

Und so trompetete er weiter, um sie wieder einmal davon zu überzeugen, wie traurig es eigentlich sei, schon um des Geschäftes willen und nicht zu allerletzt um ihrer Aufopferung wegen, daß eine solche Kraft wie die seinige total brach liegen müsse! Dann, als er sein Lamento beendet hatte, stellte er auch seinen Spaziergang ein und faßte sich bedeutungsvoll an sein Schädeldach. „Richtig, was ich dir noch sagen wollte: die Hauptsache natürlich. Denk dir nur — du wirst lachen, aber es ist durchaus ernst — denk also nur. Dieser Emmerich ist mit einem ganz wunderlichen Einfall an mich herangetreten. Das heißt — pardon, er tritt an uns damit heran, natürlich nur an uns! Diese ganze Sache hier gefällt ihm so außerordentlich, so total außerordentlich, daß er eine Anstellung hier bei uns haben möchte. Was sagst du dazu? Nein, nein — in allem Ernst. Er meinte sogar, er würde sich als Lagerchef ganz vortrefflich fühlen. Höre nur: als Lagerchef.“ Herr Frobel amüsierte sich darüber. „Oder auch als Vertreter der Firma nach außen hin. Natürlich nannte er es Repräsentant. Und warum nicht? Pourquoi pas? Ich sehe, du lachst, aber die Sache ist durchaus nicht so lächerlich; mit deiner gütigen Erlaubnis nicht, liebes Tinchen. Verkrachte Tenöre —, du lieber Himmel, was treiben die nicht alles. Wie viele reisen in Sekt; machen sogar in Delikatessen. Ich kenne da einen solchen. Weshalb sollte es einer nicht mal mit Metallwaren versuchen.“

„Ach, du bist nicht recht gescheit,“ sagte Ernestine rücksichtslos.

men könnte, die öffentliche Sicherheit dadurch gefährdet wird, muß Ihnen die Genehmigung versagt werden.

(Stempel.) Der Amtsvorsteher.
Schmidt.

Diese Verbots-„Gründe" des Polizeigewaltigen von Ossowke, denen der Reiz der Neuheit nicht abzusprechen ist, werden noch die Feuerprobe vor seiner vorgesetzten Behörde und im Reichstage zu bestehen haben.

Die Arbeiterschule der dänischen Sozialdemokratie. Gemäß den Beschlüssen des letzten dänischen Parteitages sowie des Gewerkschaftskongresses der dänischen Arbeiterschaft hat jetzt die Arbeiterschule der Sozialdemokratie in Kopenhagen ihre Tätigkeit begonnen und zwar vorläufig als Abendschule. Die Unterrichtsgegenstände sind: Nationalökonomie, Geschichte des Sozialismus, Statistik, Geschichte und Praxis der Gewerkschaftsbewegung, Verwaltung in Staat und Kommune sowie dänische Sprache. Die Kosten werden von den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gemeinsam getragen. Seitens der Organisationen ist eine größere Anzahl von Schülern angemeldet worden, als in diesem ersten Halbjahr der Schultätigkeit Aufnahme finden konnten. Die Schüler sind in zwei Abteilungen geteilt und jede Abteilung erhält an zwei Abenden der Woche Unterricht. Selbstverständlich wird darauf hingewirkt, die Schule im Laufe der Zeit immer mehr auszubauen, um sie zu einer Hochschule für die Arbeiterbewegung zu gestalten.

Aus der Jugendbewegung.

Die unsittliche Arbeiterjugend. In Thekla, einer Gemeinde bei Leipzig, hat sich der Schulvorstand mittels einer neuen Schulordnung das Recht gesichert, Fortbildungsschülern die Zugehörigkeit zu einem Verein zu versagen. Als nun einige Schüler, die vor Erlaß der neuen Schulordnung dem Jugendverein im benachbarten Mockau beigetreten waren, um die erforderliche Genehmigung nachsuchten, wurde ihnen diese verweigert, weil im Jugendbildungsverein die männlichen und weiblichen Mitglieder auch abends zusammenkommen und man Besorgnis hege, daß die jungen Leute sittlichen Gefahren ausgesetzt seien! — Die Vereinsabende der Jugend — denn nur diese können unter den abendlichen Zusammenkünften gemeint sein, — sind also unsittlich, weil in ihnen junge Mädchen und junge Männer gemeinsam der Vervollkommnung ihrer Bildung zustreben. Woher mag der Mann seine Erfahrungen geholt haben, daß er zu solchem Urteil kommt? Aus den Kreisen, die der Förderung der Arbeiterbildung dienen, sicher nicht.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Lohnbewegung in der Bielefelder Nähmaschinen-, Fahrrad- und Automobil-Industrie. Bei den Verhandlungen, an denen Vertreter der Unternehmer, der Handelskammersyndikus und 6 Arbeitervertreter (4 von den freien und je 1 von christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften) teilnahmen, kam es zu einer Vereinbarung. Darnach beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 55½ Stunden (bisher 56½). Es findet eine Erhöhung der aufbesserungsbedürftigen Akkordsätze statt, sofern sich die Aufbesserung in den von den Vertretern der Arbeitnehmer in der Sitzung bezeichneten Grenzen hält. Die Prüfung und Festsetzung der einzelnen als unzureichend bezeichneten Akkordlöhne bleibt den einzelnen Betrieben vorbehalten, sie müssen bis zum 1. Januar 1912 geregelt sein. Die Stundenlöhne bis einschließlich 40 Pfg. erfahren eine Erhöhung von 3 Pfg. pro Stunde, die über 40 Pfg. hinausgehenden Stundenlöhne eine solche von 2 Pfg. pro Stunde. Diese Lohnerhöhungen beziehen sich auf alle Arbeiter über 18 Jahre. Für die Akkordarbeiter wird ein ihren Leistungen entsprechender Stundenlohn festgesetzt. Bei Arbeitsmangel soll nach Möglichkeit von Arbeiterentlassungen abgesehen werden.

Bevorstehender Kampf in der Dresdner Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. Nach der Ablehnung der von den Arbeitern gestellten Forderungen durch den Unternehmerverband, hatten die Arbeiter das Einigungsamt des Gewerbegerichts zur Vermittlung angerufen. Aber auch diesem gegenüber erklärte der Verband der Unternehmer, daß es ihm nicht „opportun" erscheine, mit dem Zentralverbande der Bäcker und Konditoren zu verhandeln. Trotz dieser Brüskierung beschloß eine von weit über 3000 Personen besuchte Versammlung, die Organisationsvertreter zu beauftragen, bei verschiedenen Großfirmen nochmals vorstellig zu werden, um zu beweisen, daß, wenn irgend möglich, eine friedliche Einigung angestrebt wird. Wo dies nicht eintritt, wird Ende dieser Woche die Geduld der Arbeiter zu Ende sein und der offene Kampf einsetzen. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß jeder Zuzug nach Dresden streng fern gehalten wird. In Betracht bei der Bewegung kommen, obgleich eine Anzahl Betriebe ausscheiden wird, gegen viertausend Arbeiter und Arbeiterinnen.

Die Crimmitschauer Textilunternehmer und der Zehnstundentag. Die Crimmitschauer Textilarbeiter müssen noch immer über 10 Stunden pro Tag arbeiten. Als im Jahre 1903 der große Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ausgefochten wurde, versicherten die Unternehmer, daß sie den Zehnstundentag wünschten, er müsse aber gleichmäßig durch Gesetz eingeführt werden. Vertreter der Fabrikanten aus Kottbus, Forst, Werdau, Mylau, Netzschkau und Chemnitz unterstützten in den gemeinsamen Sitzungen kräftig diese Crimmitschauer Argumente. Mittlerweile ist nun der Zehnstundentag für Arbeiterinnen durch Gesetz eingeführt. In Crimmitschau setzt sich mehr als die Hälfte der Beschäftigten aus weiblichen Personen zusammen. Den Unternehmern fiel es aber garnicht ein, nunmehr an die Durchführung des Zehnstundentages zu denken. Die Arbeitszeit für Männer blieb die alte, und den Arbeiterinnen wurde durch eine raffinierte Zerlegung der Pausen die Wohltat des Zehnstundentages illusorisch gemacht. Auch daß die von den Crimmitschauer Fabrikanten damals genannten Konkurrenzorte jetzt sämtlich den Zehnstundentag durchgeführt haben, hat die Crimmitschauer Fabrikanten nicht veranlaßt, das gleiche zu tun. Die Arbeiter haben deshalb vor kurzem aufs neue die Forderung des Zehnstundentags und einer allgemeinen Lohnregulierung der Unternehmerorganisation unterbreitet. Jetzt ist die Antwort erfolgt. In einem von sämtlichen Fabrikanten unterzeichneten Anschlag wird in den Fabriken bekannt gegeben, daß — Erhebungen in die Wege geleitet sind. Der Anschlag lautet:

Bekanntmachung.

Im „Nationalen Arbeiter-Unterstützungsverein Crimmitschau und Umgegend" sind seit einer Reihe von Monaten Besprechungen darüber gepflogen worden, an die Arbeitgeber mit dem Ersuchen um eine Regulierung bezw. Aufbesserung der Löhne heranzutreten. Diese Besprechungen haben dazu geführt, daß der Nationale Arbeiter-Unterstützungsverein an unsere Mitgliedsfirmen insgesamt eine diesbezügliche Bitte gerichtet und dabei insbesondere dem Wunsche Ausdruck gegeben hat, es möchte die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit für alle Beschäftigten in Erwägung gezogen werden.

Ferner sind bei einer Anzahl uns angehörender Firmen von anderer Seite Schreiben eingegangen, in denen Forderungen auf Abänderung wichtiger Bestimmungen der Arbeitsordnungen gestellt werden.

Wir teilen daraufhin mit, daß wir nicht in der Lage sind, uns auf eine durchgreifende Änderung wichtiger Bestimmungen der Arbeitsordnungen einzulassen.

Das Ersuchen um Regulierung bezw. Aufbesserung der Löhne wird von uns eingehenden Erörterungen unterzogen werden. Wir werden auch erwägen, unter welchen Voraussetzungen es möglich ist, auf den zehnstündigen Arbeitstag für alle Beschäftigten zurückkommen. Um die für unsere Erörterungen notwendigen Unterlagen zu gewinnen, ist von uns eine umfängliche Erhebung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse in Crimmitschau und Umgebung, sowie in den hauptsächlichsten Konkurrenzorten in die Wege geleitet worden. Die statistischen Arbeiten werden längere Zeit in Anspruch nehmen. Sobald sie abgeschlossen sind, werden wir bekannt geben, ob wir in der Lage sind, dem an uns gestellten Ersuchen zu entsprechen.

Crimmitschau, den 10. Oktober 1911.

Daß die Crimmitschauer Unternehmer der Welt weismachen wollen, die paar hundert gelbe Mitglieder des sogenannten „Nationalen Arbeiter-Unterstützungsvereins" hätten die Erhebungen veranlaßt, ist spaßhaft. Jeder Mensch weiß, daß sich ohne die 4500 Mitglieder des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes kein einziger der Fabrikanten gerührt hätte. Übrigens ist es bezeichnend, daß die dortigen Fabrikanten acht Jahre nach dem großen Streik sich noch immer nicht klar sind über den Zehnstundentag. Man darf gespannt sein, ob die Erhebungen zur Anerkennung desselben führen werden.

Eine neue Lohnbewegung der Leipziger Bäcker. Als die Leipziger Bäcker vor kurzem eine Lohnbewegung durchführten, versprachen die Meister ihren Getreuen den Himmel auf Erden, wenn sie nicht den „roten Hetzern" folgen würden. So kam es denn auch, daß nicht alle Bäckereibetriebe geregelte Arbeitsbedingungen erhielten. Als dann der Kampf zu Ende war, dachten die Meister natürlich nicht daran, ihr den „getreuen Gehilfen" gegebenes Versprechen zu halten. Das hat diese nun zur Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Lage gebracht und veranlaßt, in einer Versammlung unter der Führung des Verbandes an die Meister Forderungen zu stellen. Eine einstimmig angenommene Resolution beauftragte den Gesellenausschuß und die Verbandsleitung, gemeinschaftlich mit der Leipziger Bäckerinnung Verhandlungen zur Neuaufnahme der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien Leipzigs anzubahnen, und zwar auf Grund des für einige hundert Bäckereien bestehenden Lohn- und Arbeitstarifs.

Die Tabakarbeiteraussperrung. Am Sonnabend ist die von den Zigarrenfabrikanten angedrohte Aussperrung zur Tatsache geworden. Etwa 8000 Tabakarbeiter in den Kreisen Herford, Minden, Lübbecke, Osnabrück und den Fürstentümern Lippe und Waldeck sind von dieser Maßregel betroffen worden. Die Aussperrung wurde vollzogen, trotzdem die Fabrikanten noch am Freitag in der Verhandlung, die sie mit den Vertretern der Tabakarbeiterorganisationen führten, wenigstens für einen Teil der Arbeiter die Notwendigkeit von Lohnaufbesserungen anerkennen mußten. Dies ist um so einleuchtender, als die Tabakarbeiter nach den Berichten der Berufsgenossenschaft 1910 im Kreise Lübbecke im Durchschnitt täglich 1,75 Mk., im Kreise Herford 2,15 Mk. und im Kreise Minden 2,25 Mk. verdienten. War dies schon in normalen Zeiten ein Lohn zum Verhungern, so hat sich jetzt in den Tagen der Teuerung die Lage der Arbeiter erst recht trostlos gestaltet. In dieser Erkenntnis haben denn auch die drei bei der Aussperrung in Betracht kommenden Organisationen, der Deutsche Tabakarbeiterverband, der Verband der Zigarrensortierer und Kistenbekleber und der Verband christlicher Zigarren- und Tabakarbeiter Deutschlands in erfreulicher Solidarität ihre Vorkehrungen getroffen. Noch am Freitag zogen die Leiter der drei genannten Organisationen aus der Ergebnislosigkeit der mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen die erforderlichen Schlußfolgerungen. Sie regelten die Unterstützungssätze gemeinsam und einigten sich dann auf folgenden Beschluß: „Unter Beachtung nachfolgender Bedingungen erklären die unterzeichneten Vorstände sich bereit, die Aussperrung im westlichen Zigarrenindustriebezirk gemeinsam führen zu wollen: 1. Es wird eine Neunerkommission eingesetzt und zusammengesetzt aus drei Vertretern des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, 2 Vertretern des Verbandes der Zigarrensortierer und Kistenbekleber Deutschlands, einem Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes und drei Vertretern des Verbandes christlicher Zigarren- und Tabakarbeiter Deutschlands. 2. Während der Dauer der Aussperrung verpflichten sich die vertragschließenden Vorstände der Organisationen, ihre Funktionäre und Mitglieder streng anzuweisen, jede Feindseligkeiten gegeneinander einzustellen; insbesondere sind Übertritte von einer Organisation in die andere während der Dauer des Kampfes nicht gestattet. 3. Die vertragschließenden Vorstände verpflichten sich, neue Mitglieder aus den von der Aussperung betroffenen Betrieben nur bis zum Sonntag, dem 15. Oktober 1911, aufzunehmen. Über evtl. Neuaufnahmen von Mitgliedern aus vorstehenden Betrieben nach dem 15. Oktober 1911 entscheidet die Neunerkommission." Jetzt ist es Sache der Gesamtarbeiterschaft Deutschlands, den ausgesperrten Tabakarbeitern in Westfalen ihre Sympathie zuzuwenden.

Der Tabakarbeiterausstand in Lauffen (Württemberg) dauert fort. Bürgerliche Blätter verbreiten die unrichtige Meldung, daß der Ausstand zuungunsten der Arbeiter beendet sei.

Preßkorruption.

Das Treiben eines Börsenjournalisten wurde in einem Beleidigungsprozeß bloßgelegt, der am Sonnabend nach dreitägiger Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin zu Ende kam. Der Herausgeber des „Plutus", Georg Bernhard, klagte gegen den Herausgeber der „Bank- und Handelszeitung", Dr. Walter Manke, der in vier Artikeln behauptet hatte, der Kläger nehme Trinkgelder. Manke hingegen erhob Widerklage, weil ihn Bernhard durch den Vorwurf der Bestechlichkeit beleidigt habe. Aus der Verhandlung ging Bernhard vollständig gerechtfertigt hervor. Das Urteil lautete:

„Der Angeklagte Dr. Manke ist der Beleidigung des Privatklägers in 4 Fällen schuldig und wird zu 600 Mark Geldstrafe eventl. 60 Tagen Gefängnis verurteilt. Der Privatkläger Bernhard ist der Beleidigung in einem Falle schuldig und zu 50 Mark Geldstrafe, eventl. 5 Tagen

---

Herr Dietrich Frobel zeigte sich entrüstet. „Dein altes Wort, liebes Tinchen. Äußere ich einmal einen vernünftigen Gedanken — gleich bin ich nicht recht gescheit. Überlege dir einmal die Sache. Bis jetzt geben wir, ohne etwas davon zu haben. Nun brauchten wir nur zu geben, wenn wir etwas davon hätten. Leistung gegen Leistung. Und wir täten ein gutes Werk, deiner seligen Mama zuliebe. Verkommen kann er doch nicht ganz, dieser einstmals große Sänger. Du siehst, ich denke doch ganz vernünftig."

„Nein, das tust du nicht, denn das ist ja Unsinn, reiner Unsinn," entfuhr es erregt Ernestinens Lippen; und sie sprang auf und rauschte bis zum anderen Ende des Zimmers. „Niemals kann daraus etwas werden, niemals. Denn die Last für uns wäre nur um so größer."

„Und was sagst du dazu, mein Junge, wie?" fragte Herr Dietrich Frobel durchaus ernst seinen Sohn. „Du kannst doch auch schon vernünftig über solche Dinge denken. Wirst bald etwas mitzusprechen haben, sollst sozusagen mal in meinen Spuren wandeln. Nun?"

Frobel junior überlegte nicht lange. „Wenn man Gutes damit tun könnte, warum nicht? Sicher liegt eine gewisse Überwindung darin in seinem Alter diesen Entschluß zu fassen. Immerhin ein Zeichen seiner Besserung; um nicht zu sagen seiner großen Klugheit."

„Da hörst du es, was Günther sagt," rief Frobel senior aus und reckte sich wie nach einem Sieg.

Ernestine stand an der Wohnungstür und verschränkte unwillkürlich die Hände zu einem stummen Ringen, denn Unglaubliches wollte man ihr antun; noch mehr als das: etwas Häßliches, was sie allein nur begriff. Sie wollte heftig werden, nicht nur gegen ihren Mann, sondern auch gegen ihren Sohn, der mit gesenktem Blick still herumwandelte und sich plötzlich in der Rolle des Mitzusprechenden fühlte; aber sie bezwang sich mit Macht, denn die tiefsten Gründe konnte sie ihnen doch nicht verraten. Und so heuchelte sie denn Ruhe, die jedoch etwas Unheimliches hatte: „Zerbrechen wir uns jetzt nicht den Kopf darüber," sagte sie kurz, „es gibt vorläufig bessere Dinge zu erledigen."

Und sie hieß Günther an seine Arbeit gehen und nahm wieder ihren Platz ein, während ihr Mann diese Gelegenheit benutzte, hinter der Wohnungstür zu verschwinden, um dem heraufziehenden Gewitter zu entgehen. Wenn jemand seine Frau kannte, so war er es; wenigstens was ähnliche Stimmungen anbetraf.

VII.

An diesem Abend blieb Günther zu Hause, erstens zur Beruhigung seiner Mutter, zweitens zur großen Freude seiner Geschwister und drittens, weil er es langweilig gefunden hätte, allein in Berlin herumzubummeln, denn das süße Mädel hatte aus irgend einem alltäglichen Grunde keine Zeit. Das brauchte natürlich außer ihm niemand zu wissen, und so fand er sich sehr hübsch in der Rolle des umschwärmten Bruders und des in sich gehenden Sohnes, an dem die Moralpauke nicht ganz spurlos vorübergegangen sei, wie Frau Ernestine Grund zu haben glaubte, sich zu sagen.

Annemarie verwechselte ihn denn auch sofort mit der Mama, indem sie sich ausnahmsweise an seinen Hals hing, wofür sie dann von Edda verschiedene Knüffe und Püffe erhielt, natürlich nur rein aus Eifersucht, denn sie wollte doch auch etwas von dem vergötterten Bruder haben. Selbst Gerhard dachte nicht ans Weihenstephan. Und was Herrn Frobel senior anbetraf, so zog er allen Ernstes in Erwägung, ob es nicht besser wäre, heute den Klub schießen zu lassen. Günther blieb zu Hause? Ei, ei. Der Junge besserte sich . . . sicher . . . auf alle Fälle! Es mußte so sein, denn wenn seit vier Wochen ein derartiges Ereignis eintritt —: gewiß . . . sicher! Das war Herrn Dietrich Frobels Logik, als er beim Herumstelzen die Beine knacken ließ, dann das Vogelgesicht erhob und mit auf dem Rücken verschlungenen Händen das Marschtempo nach dem Hohenfriedberger nahm, den er in dem großen Familienzimmer nun ohne weiteres ganz kräftig pfiff und schließlich, als sich das Pfeifen mit seinem Freudengefühl nicht mehr deckte, a la Piston zu trompeten begann, mit dem Munde natürlich, worin er es zu einer Art Kunstfertigkeit gebracht hatte. Seine Frau war nicht hier, und so ging es also. Er befand sich in der Einbildung so sehr auf dem Paradefelde, daß er gar nicht bemerkte, wie der Älteste sich die Ohren zuhielt und dann ins Nebenzimmer entfloh.

Günther, der gesunde Junge, beherrschte sie alle, denn er besaß die suggestive Kraft der Mutter, sie schon durch sein Auftreten zu beeinflussen. Und da sie alle ihre körperlichen Mängel mehr oder weniger empfanden und sich schwach fühlten, so betrachteten sie ihn wie eine Art Naturwunder, dem sie sich unterwerfen mußten. Und ganz besonders strebte Gerhard danach, sich gut mit ihm zu stellen, denn seit dem überwundenen Vermögenskrach hatte er eine gewisse Furcht vor einer Wiederholung dieses unangenehmen Zustandes, schon um deswegen, weil er Neigung zu jenen Sprüngen zeigte, die dem Alten das Zepter gekostet hatten. Ein steter Schrecken erfaßte ihn bei dem Worte Verarmung, und darum imponierte ihm Günther so sehr, weil dieser sich geduldig an das Pult gesetzt hatte und das tat, was ihm, dem ältesten, eigentlich nach alter Überlieferung zugekommen wäre — wenn eben in seinem Kopf mehr Platz für kaufmännische Zahlen gewesen wäre. Allerdings war er mit einer gewissen Rechenkunst begabt, aber nur, soweit es sich um das Multiplizieren zu seinen Gunsten handelte.

„Na, was macht dein Klub?" fragte er ihn später pfiffig, als sie vor dem Abendessen alle zusammenstanden.

„Klub, Klub?" mischte sich nun Frobel Vater hinein. „In deinem Alter? Aber mein Junge, aber mein lieber Günther! Das sind doch wohl nur kleine Scherze, nicht wahr? n'est-ce pas?" Und Frobel senior legte seine Hände auf die Schultern des angebeteten Sohnes und fuhr nun mit gespitztem Mund und runden Augen fort, ihn zu ermahnen, sich nicht jetzt schon, mit neunzehn Jahren, in solche Gewohnheiten zu begeben, die eigentlich nur für reifere Jahre geschaffen seien. Und während er so weiter krähte, war er hauptsächlich besorgt darum, daß ihm damit sein bisheriges alleiniges Vorrecht, die Abende auf solche Art zu verbringen, geschmälert werden könne. „Nun ist mir auch klar, wo du immer steckst," sprach er weiter und spazierte dann wieder durchs Zimmer, da der Älteste diese Tätigkeit gerade eingestellt hatte.

Frobel junior stand da und verstand sie nicht. Entschieden funktionierte wieder etwas nicht in ihrem Kopf, wie seine Mutter ihre Sonderbarkeiten zu umschreiben pflegte. Zum Glück für ihn kam sie gerade herein und gab ihm sofort den nötigen Wink, indem sie besonders scharf zu ihrem Manne sagte: „Weshalb sollen die jungen Leute nicht auch ihren harmlosen Klub haben. Das ist manchmal billiger als das Ballett."

Günther nickte großartig.

„Da hast du's," sagte der Älteste zu seinem Vater. Alsdann schloß er wieder ein Bündnis mit ihm. „Habe ich dir schon erzählt, was für ein Pech ich mit unserem Schneider hatte? Nein? Denke dir nur: der neue Frack sitzt nicht, ganz und gar nicht. Er hat ein kleines Fältchen unter dem Arm. Es ist ja nicht viel, aber unmöglich kann ich damit gehen. Ganz unmöglich. Was würden die Leute dazu wohl sagen. Ein Idiot dieser Kerl von Schneider. Dabei dreimal angeprobt. Du solltest ihm auch den Laufpaß geben."

(Fortsetzung folgt).

Gefängnis verurteilt, in zwei weiteren Fällen freigesprochen und in drei weiteren Fällen wird wegen Verjährung das Verfahren eingestellt. Von den gerichtlichen Kosten werden neun Zehntel dem Angeklagten, ein Zehntel dem Privatkläger auferlegt. Beiden Parteien wird Publikationsbefugnis im „Plutus" und in der „Bank- und Handels-Zeitung" zugesprochen."

In der Begründung des Urteils heißt es:

„Der Gerichtshof hat den Wahrheitsbeweis des Angeklagten für die in seinen vier Artikeln gegen den Privatkläger erhobenen Vorwürfe, daß er Trinkgelder erhalten habe, in keiner Weise für erbracht erachtet. Davon könne gar keine Rede sein, wie überhaupt der Gerichtshof in keiner Beziehung irgendetwas Nachteiliges für den Privatkläger als erwiesen ansieht, im Gegenteil steht er im günstigsten Lichte da. Dem Angeklagten stehe bei seinen ganz unbegründeten Vorwürfen der Schutz des § 193 nicht zur Seite. Was die Widerklage betrifft, so richte sie sich gegen den Vorwurf, daß der Angeklagte als bestechlicher Journalist hingestellt werde. Das Gericht hält den Vorwurf der Bestechlichkeit für erwiesen. Pflichtwidrig handle der, der sich mit den Pflichten seines Berufs in Widerspruch setzt. Das habe der Angeklagte als Journalist und zwar als Börsenjournalist getan. Das Gericht hat diesen Beweis durch mehrere Fälle für daraebracht erachten müssen. So hat Dr. Manke nach der Bekundung des Direktors der Kommerz- und Diskonto-Bank, Simon bei einer großen Emission, die die Bank vornahm, 500 Mk. in einem Kuvert von dem Zeugen erhalten, damit dieser nichts Ungünstiges schreibe. Beim Empfang erklärte der Angeklagte, er habe eigentlich auf 1000 Mk. gerechnet. Nach Bekundung desselben Zeugen sind unberechtigte und abfällige Kritiken über die Bank in des Angeklagten Zeitung unterblieben, nachdem Inserate seitens der Bank aufgegeben waren. Auch hat Angeklagter Inserate ohne Auftrag gedruckt und deren Zahlung verlangt. Ferner ist durch das Zeugnis des Generaldirektors der A. E. G. und der B. E. W., Geheimrat Rathenau, erwiesen. Diesem Zeugen fiel auf, daß Dr. Manke durch unberechtigte und unerhebliche Anführungen die Versammlungen hinzog. Er ließ ihn deshalb kommen und sagte ihm, er würde ihm unter der Bedingung, daß er nicht mehr das Wort nehme, für jede der Gesellschaften nach jeder Generalversammlung 150 Mk. zahlen. Von da ab kam Dr. M. zwar noch öfter in die Versammlungen, die unnötigen Belästigungen hörten aber, da die 150 Mk. stets gezahlt wurden, auf. Der Angeklagte hat sich also nach Ansicht des Gerichts der Bestechung in dem Sinne schuldig gemacht, daß er eine verwerfliche, seinen Pflichten als Journalist widersprechende Handlung beging. Der Privatkläger hat sich nach Ansicht des Gerichts nur in einem seiner Artikel mit der Überschrift „Inseratenbettel" von seinem Temperament hinreißen lassen und die Schutzgrenzen des § 139 überschritten, der Gerichtshof habe aber erwogen, daß er durch den Angeklagten aufs schwerste angegriffen war und in begreiflicher Erregung zu weit gegangen ist."

Vermögenszunahme in Preußen.

Es ist nicht uninteressant, in den Zeiten der beginnenden Hungersnot, in Zeiten, da man Zuchthausgesetze gegen die im Kampfe um eine bessere Existenz ringende Arbeiterklasse plant, das gewaltige Wachstum der großen Vermögen in Preußen zu beobachten. Im „Tag" vom 12. Oktober beschäftigt sich der preußische Landtagsabgeordnete und Landrat a. D. Dewitz mit Fragen der Steuerreform. Er macht dabei über die Vermögensvermehrung in Preußen folgende Angaben: „Es haben sich vermehrt in der Zeit von 1895 bis 1911

in den Gruppen			die Zensiten um	in Proz.	das Vermögen um Mark	in Proz.
6 000	bis	100 000	555 901	52,8	11 941 780 000	46 8
100 000	„	500 000	49,201	56 9	10 017 538 000	59,0
500 000	„	1 000 000	5,425	64 77	3 889 236 000	65 27
1 000 000	„	2 000 000	2,487	72,52	3 553 898 000	72,43
2 000 000	und	mehr	1,598	87,46	9 524 624 000	109,21

Die Zahl der Zensiten und das Durchschnittsvermögen pro Kopf beliefen sich

in den Gruppen			1895 Zensiten	Vermögen
6 000	bis	100 000	1 052 149	24 252
100 000	„	500 000	86 552	196 279
500 000	„	1 000 000	8 375	711 475
1 000 000	„	2 000 000	3 429	1 430 700
2 000 000	„	und mehr	1 817	4 762 312

in den Gruppen			1911 Zensiten	Vermögen
6 000	bis	100 000	1 608 050	23 295
100 000	„	500 000	135 843	198 802
500 000	„	1 000 000	13 300	713 611
1 000 000	„	2 000 000	5 916	1 430 200
2 000 000	„	und mehr	3 425	5 321 400

Das steuerfähige Vermögen in Preußen hat sich in den letzten 16 Jahren von rund 62 Milliarden auf rund 101 Milliarde, also um rund 39 Milliarden, vermehrt. An diesem Vermögenszuwachs partizipieren 158 984 Zensiten (Vermögen über 100 000 Mk.) mit rund 27 Milliarden, also mehr als zwei Drittel, während auf 1 608 050 Zensiten der übrige Teil mit nur rund 12 Milliarden entfällt. In Verbindung mit der Einkommensteuer ist dabei nicht außer acht zu lassen, daß im Jahre 1911 mehr als 8 Millionen Einzelsteuernde und Haushaltungsvorstände von der Einkommensteuer frei blieben, weil ihr Einkommen 900 Mk. nicht überstieg, während rund 6,4 Millionen Personen zur Einkommensteuer veranlagt waren. Von diesen insgesamt rund 14,4 Millionen Einzelsteuernden und Haushaltungsvorständen hatten nur 1 767 034 Personen ein Vermögen von mehr als 6000 Mk. aufzuweisen, und zwar 1 608 050 Zensiten (bis 100 000 Mk.) zusammen ein solches von rund 37,5 Milliarden und 158 984 Zensiten (über 100 000 Mk.) zusammen ein solches von rund 63,5 Milliarden. Der gesamte Vermögenszuwachs, der im Durchschnitt der letzten 15 Jahre von 1895 bis 1911 jährlich 2,8 Milliarden betrug, belief sich im Durchschnitt der letzten drei Jahre 1908 bis 1911 auf jährlich 3,6 Milliarden. Wenn auch erfreulicherweise die Zensiten mit einem Vermögen bis zu 100 000 Mk. an diesem vermehrten Zuwachs mit rund 42 v. H. prozentual stärker teilnehmen, als an dem Zuwachs von 1895 bis 1911, mit 30,67 v. H., so fällt der wesentliche Anteil doch auch hier einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Personen mit einem Vermögen von mehr als 100 000 Mk. zu.

Aus den vorstehenden Tabellen geht zweifellos hervor, daß in den oberen Vermögenssteuergruppen prozentual Zensiten und Vermögen rapide wachsen, und zwar um so stärker, je mehr man sich der äußersten Gruppe von 2 Millionen nähert. Ein Beispiel soll dies erläutern: 1598 Zensiten, deren Vermögen im Jahre 1895 die zwei Millionen nicht erreichten, hatten im Jahre 1911 ein Durchschnittsvermögen von 5 921 400 Mk. Sie haben also pro Kopf in den letzten 16 Jahren mindestens 3 321 400 Mk., das ist jährlich rund 207 587 Mk. als Ersparnisse angelegt, um damit in die Gemeinschaft ihrer 1827 glücklichen Leidensgenossen zu gelangen, die schon seit 1895 der Steuergruppe von 2 Millionen angehörten.

Angesichts dieser gewaltigen Vermögenssteigerung kommt der Herr Landrat a. D. zu dem allerdings sehr berechtigten Schluß, daß dieses Vermögen auch seiner Leistungsfähigkeit entsprechend zur Steuer herangezogen werde. Die Besteuerung nach dem jetzt bestehenden Einkommen- und Ergänzungssteuergesetz entspreche durchaus nicht einer gerechten Verteilung der steuerlichen Lasten auf die Bevölkerung. Da sich aber die bestehenden Gesetze nach Ansicht des Herrn v. Dewitz nicht gut so ausbauen lassen, daß diese Vermögen bei der Steuer genügend erfaßt werden, schlägt er eine Steuer auf den Vermögenszuwachs vor. — Bei den Besitzenden wird sich freilich v. Dewitz keine Freunde mit seinem Vorschlage machen. Hat doch erst in diesen Tagen die „Post" eine förmliche Anweisung an ihre großkapitalistischen Leser ergehen lassen, wie man den Staat um die nach den bestehenden Gesetzen fälligen Steuern betrügt.

Soziales.

Teuerungszulagen für die städtischen Arbeiter in Rixdorf. Eine überfüllte Versammlung der städtischen Arbeiter in Rixdorf am 12. Oktober nahm nach einem Vortrage des Stadtverordneten Genossen Polenske einstimmig eine Resolution an, worin im Hinblick auf die augenblickliche Teuerung eine Teuerungszulage gefordert wird. In der Sitzung der Stadtverordneten, die am gleichen Tage stattfand, gelangte ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zur Annahme, der für diesen Zweck die Einsetzung einer aus 9 Stadtverordneten und 6 Magistratsmitgliedern bestehende Kommission forderte.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Stieftochter gemißbraucht. Ein Bild sittlicher Verkommenheit entrollte die unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der Nordhäuser Strafkammer am Mittwoch anstehende Verhandlung gegen den 29jährigen Bäckermeister Karl Graf aus Sangershausen. Der Angeklagte soll sich in den Jahren 1908 bis 1910 wiederholt an seiner jetzt 14jährigen Stieftochter sittlich vergangen haben. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß dieser entmenschte Vater, am ganzen Körper syphilitisch verseucht, das Mädchen angesteckt hat, so daß sich die Krankheit über den ganzen Körper des Kindes verbreitet hat. Die Frau des Angeklagten kam durch die Krankheit des Kindes hinter die verabscheuungswürdige Tat und machte dem Treiben dadurch ein Ende, daß sie Anzeige erstattete. Das Gericht erkannte auf drei Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

Ein ländliches Sittenbild. Fünf Bauernburschen aus Oberleinach, einem ganz unter der Herrschaft des Zentrums stehenden unterfränkischen Dorfe, saßen dieser Tage auf dem ominösen Bänklein der Strafkammer des Landgerichts Würzburg. Draußen im Zeugenzimmer drängten sich die Oberleinacher, alt und jung, davon allein kleine Schulmädchen wohl 15 bis 20 an der Zahl. Von den fünf wegen ekler Sittlichkeitsverfehlungen Angeklagten: Michael Küfner, Lorenz Rügamer, Alois Stockmann, Sebastian Lutz und Wilh. Busch, alles Burschen von 15 bis 17 Jahren, waren die drei erstgenannten bereits einmal wegen Notzucht unter Anklage gestellt, das Verfahren wurde jedoch wieder eingestellt. Diesmal stellte sich heraus, daß schon seit Jahr und Tag eine böse Sodomiterei in der Oberleinacher Jugend grassiert. Die Rüpel haben selbst Kindchen im Alter von drei bis vier Jahren nicht geschont und sie zum Ziel ihrer wollüstigen Triebe erkoren. Daneben trat als Zeugin ein total blödsinniges Geschöpf von 21 Jahren auf. Die Beweiserhebung zeitigte Dinge, die sich nicht öffentlich wiedergeben lassen. Rügamer wurde zu 10, Lutz zu 6, Busch zu 5 Monaten, Stockmann zu 4 Wochen und Küfner zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt.

Das Ende eines Familiendramas. Der Arbeiter August Kuhlmey, der versucht hatte, seine Frau zu töten, und der seine 22jährige Stieftochter erschossen hat, wurde vom Schwurgericht in Berlin wegen vollendeten und versuchten Totschlages unter Zubilligung mildernder Umstände zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte Schuldig wegen Mordes und versuchten Mordes beantragt.

Ein gewerblicher Schiedsgerichtsrat in England.

Die großen wirtschaftlichen Kämpfe der letzten Monate haben der englischen Bourgeoisie die Überzeugung beigebracht, daß die Verhinderung ausgebreiteter Streiks eine der wichtigsten Lebensinteressen der „Nation", d. h. der herrschenden Klassen ist. Seit der Beendigung des großen Eisenbahnerstreiks sind die verschiedenen Retter der Nation nicht müde geworden, Vorschläge zur Erreichung dieses großen Ziels zum besten zu geben. Die Regierung verfolgte alle diese Bemühungen und Vorschläge mit dem lebhaftesten Interesse. Es fehlte natürlich nicht an Leuten, die die Lösung des Problems fertig hatten in Form von Strafrecht, Polizeigewalt oder wenigstens zwangsweisem Schiedsgerichtsverfahren. Aber die Arbeiter bereiteten allen diesen Vorschlägen einen Empfang, daß ihre Urheber und die Regierung betrübt einsehen mußten, daß damit nichts auszurichten ist. So lernte man bescheiden sein, und heute hat der kreißende Berg endlich ein ganz winziges Mäuschen hervorgebracht.

Das Handelsministerium verkündet nun, daß die Regierung einen „Gewerberat" eingesetzt hat, der zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern besteht. In der Ankündigung erklärt das Handelsministerium, daß es schon seit einiger Zeit die besten Mittel zur Verstärkung und Verbesserung der bestehenden amtlichen Maschinerie für die Beilegung und Abkürzung gewerblicher Streitigkeiten, die das allgemeine Publikum ungünstig berühren, erwogen hat. Es haben zu diesem Zwecke Besprechungen stattgefunden zwischen dem Handelsminister und dem Ministerpräsidenten und mit in diesen Dingen erfahrenen Vertretern von Unternehmern und Arbeitern, deren Ergebnis dieser neue Gewerberat ist. Als Zweck der neuen Körperschaft wird angegeben „die Erwägung und Untersuchung der ihr zugewiesenen Materien betreffend gewerbliche Streitigkeiten und besonders die Unternahme passender Aktionen bei ihr zugewiesenen Konflikten, die die Hauptindustrien des Landes berühren oder leicht Nebengewerbe verwickeln können, oder welche die streitenden Parteien selber vor oder nach Ausbruch des Konflikts nicht beilegen können." Mit dieser Neuerung will die Regierung die bisherigen freiwilligen Schiedsgerichtsmethoden nicht beeinträchtigen, sondern eher ermutigen. Der Gewerberat wird keinerlei Zwangsvollmachten haben.

Bisher sind zu Gewerberäten ernannt 13 Vertreter der Unternehmer und 13 Arbeitervertreter. So sind alle Präsidenten oder Sekretäre von Unternehmervereinigungen bezw. Gewerkschaften der wichtigsten Berufe. Auffallend ist, daß die auserlesenen Arbeitervertreter mit ganz wenigen Ausnahmen der alten Schule des Trade-Unionismus angehören und keine Sozialisten sind. Das ist eine alte Taktik der englischen Regierung: die Mäßigkeit ist bei Arbeiterführern die wichtigste Qualifikation zu Auszeichnungen jeder Art. Aber wie die bisherige Erfahrung gelehrt hat, erreicht die Regierung damit nur, bei der Masse der Arbeiterschaft Mißtrauen gegenüber der neuen Körperschaft zu wecken, was ihren Erfolg von vornherein unmöglich macht. Zu den ernannten Arbeitervertretern gehören: die Bergarbeitervertreter Thomas Burt und Ashton, der Sekretär des Parlamentarischen Komitees des Trade-Union-Kongresses Bowerman, der Sekretär der Eisenbahnergewerkschaft Williams, der Führer der Textilarbeiter Mullin, der Präsident des Transportarbeiterverbandes Gosling und die Arbeiterabgeordneten Clynes, Henderson, Hodge und Wilkie. Auffällig ist besonders die Übergehung des Sekretärs des Gewerkschaftsverbands, des Genossen Appleton, der allerdings in letzter Zeit sehr energisch gegen jede Einschränkung des Streikrechts protestiert hat.

Die Machtbefugnisse des Gewerberats sind ziemlich beschränkt und deshalb werden die Arbeiter wohl wenig von ihm zu fürchten haben. Aber gerade weil er mit seinen Beschlüssen hauptsächlich einen moralischen Druck auf die eine oder andere der streitenden Parteien ausüben wird, ist die persönliche Zusammensetzung von großer Wichtigkeit. Die ernannten Unternehmer sind alle stramme Vertreter von Ausbeuterinteressen; unter den Arbeitervertretern befinden sich dagegen mehrere, die wegen ihrer allzu nachsichtigen und zahmen Kampfesführung verschiedentlich von den Arbeitern kritisiert worden sind. Der Präsident des Gewerberats wird der bisherige Beamte des Handelsministeriums Sir George Askwith sein, eine Person, deren taktvollem Vorgehen bei früheren Einigungsverfahren es in der Tat gelungen ist, auf beiden Seiten Anerkennung zu finden. Das ganze Experiment ist bloß für ein Jahr gedacht, und dies wird man wohl ruhig abwarten können. Daß es das Land vom „Übel" der Streiks befreien könnte, darüber gibt man sich freilich auf keiner Seite einer Täuschung hin.

Aus Nah und Fern.

Auf schreckliche Weise ums Leben gekommen ist am Sonnabend morgen in Berlin der Arbeiter Jerineck. Infolge Entgleisens stießen zwei Straßenbahnwagen zusammen. Jerineck, der zwischen den beiden Wagen stand, wurde buchstäblich zerquetscht.

Im Förderkorb verunglückt. Im Schacht Heiligenroda bei Springen stürzte, wie aus Eisenach gemeldet wird, der mit zwei Arbeitern besetzte Förderkorb infolge Versagens der Bremse in die Tiefe und zertrümmerte. Beide Arbeiter wurden getötet.

Geburtstagsfeier nach dem Tode. In der Redaktion des „Reichs- und Staatsanzeigers" scheint einige Konfusion zu herrschen. Das Blatt brachte in seinem amtlichen Teil am 11. Oktober folgende Notiz: „Schaumburg-Lippe. Seine Hochfürstliche Durchlaucht, der Fürst Georg, hat gestern sein 67. Lebensjahr vollendet. Der Geburtstag des Landesherrn wurde in Stadt und Land festlich begangen." — Leider ist aber, wie das „B. T." mitteilt, der Gottesgnadling schon am 29. April gestorben, was das offizielle Organ des deutschen Reiches und des Königreichs Preußen eigentlich wissen sollte. Wozu ist es sonst eigentlich da?

Weg mit dem sozialistenfreundlichen Gemeindevorsteher! Die Brandenburger Zeitung berichtet: Auf Grund einer Denunziation ist gegen den Gemeindevorsteher Herrn Otto Seeger in Neue Schleuse das Disziplinarverfahren eingeleitet. Der Beweggrund der Behörde ist die Anschuldigung, daß der Gemeindevorsteher die Sozialdemokratie begünstige. Bei dem dieserhalb in Neue Schleuse abgehaltenen Termin wurden unter anderem auch die Genossen Fritsche, Zimmer und Ebel vernommen. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden ging hervor, daß man den Vorsteher beschuldige, uns begünstigt zu haben, indem er seinen Platz einem „sozialdemokratischen" Turnverein zur Abhaltung eines Vergnügens zur Verfügung stellte, auch soll er sich zu unsern Gunsten bei wichtigen Abstimmungen in der Gemeindevertretung der Stimme enthalten, oder mit uns gestimmt haben. Ferner soll er einen Gemeindevertreter, der mit der Steuer rückständig war, nicht gemahnt haben, um denselben von der Sitzung nicht ausschließen zu brauchen, und endlich soll er der Postbehörde für die Posthilfsstelle einen Mann empfohlen haben der sich an einer Straßendemonstration beteiligt hat. Man sieht, die Denunzianten haben es verstanden, der Behörde „Verfehlungen" vorzutragen, von denen sie wissen, daß sie in Preußen zum Sturz eines aufrechten Mannes ausreichen. Die Denunzianten hoffen sich bei der Behörde beliebt zu machen und wollen mit ihrem Vorgehen erzielen, daß ein ihnen genehmer Vorsteher ernannt wird, damit die Herren in der Gemeindevertretung ihre Privatinteressen besser wahrnehmen können. In Preußen ist eben alles möglich.

Schreckliche Bluttat. Mit einem Dolch schlitzte ein Italiener einem Schutzmann, der ihn festnehmen wollte, in Elberfeld den Leib auf. Der Schutzmann starb, während der Täter entfloh.

Infolge Entgleisung eines Güterzuges bei Allenstein wurde ein Schaffner getötet.

Der gefährliche Humpelrock. Aus Tetschen wird berichtet: Ein Opfer der Mode wäre hier beinahe ein 16jähriges Mädchen geworden. Das Mädchen hatte sich mit der Fähre nach Bodenbach übersetzen lassen, konnte aber beim Aussteigen wegen ihres engen Rockes den Sprung vom Kahn zur Landungsbrücke nicht ausführen und stürzte in die Elbe. Es gelang aber, die Verunglückte wieder ans Land zu bringen.

Der kleine Cohn! In unserem Zeitalter der Reklame versuchen auch die Religionsgemeinschaften durch Anwendung reklamehafter Mittel den erschütterten Glauben zu festigen. Die alljährlichen großen Schaustellungen des Zentrums lassen derartige Ansätze deutlich erkennen. Unübertroffen steht aber wohl eine Ankündigung der freien Stadtevangelisation zu Vlaadingen in Holland da, die eine neue Attraktion folgendermaßen ankündigt: „Kommet alle, den Prediger Herrn Gerriet Keizer zu hören, den kleinsten Prediger der ganzen Welt. Er wird Sonnabend und Sonntag mittag um 10, nachmittag um 3 und abends um 8 Uhr zu hören sein. Der Prediger ist 37 Jahre alt und nur 97 Zentimeter groß. Kommet alle, keiner versäume ihn zu hören. Eintrittsgeld pro Person 5 Cents für jede Predigt." — Nächstens kommt vielleicht die Dame ohne Unterleib heran!

Anarchistenverhaftungen? Über „Massenverhaftungen von Anarchisten" bringt der „Reichsbote" in seiner Nummer vom 15. Oktober folgende Mitteilungen: „In Berlin und

mehreren anderen deutschen Städten sind in den letzten Tagen Massenverhaftungen von Anarchisten erfolgt. In Berlin wurden die Anarchisten Bötticher und Thielmeyer, der Schatzmeister der freien sozialistischen Bewegung, festgenommen. In Hamburg traf das gleiche Schicksal die Anarchisten Bade und Schreyer, in Düsseldorf die Genossen Häusler und Mohrmann und in Krefeld wurden die bekannten Mitglieder der anarchistischen Organisation Brock und Püllen verhaftet." Eine Mitteilung über die Gründe der Verhaftungen scheint man angesichts des Umstandes, daß es sich nur um Anarchisten handelt, nicht für notwendig zu halten.

Religion und Unterordnungsgefühl. Wie erinnerlich sein wird, hat die Luisengemeinde in Charlottenburg gegen den Hauptmann v. Bredow und den Oberleutnant v. Buddenbrock Strafantrag gestellt, weil beide durch die bekannte Affäre vom 23. Juli dieses Jahres während der Predigt des Pastors Kraatz den Gottesdienst gestört hätten. Diesem Strafantrage hat das zunächst in Betracht kommende Gericht der zweiten Gardedivision selbstverständlich nicht stattgegeben. Interessant ist die Begründung der Ablehnung, die den Antragstellern durch Vermittlung der Staatsanwaltschaft am Landgericht III Berlin dieser Tage zugegangen ist. Das vom Gerichtsherrn Generalleutnant von Lochow unterzeichnete Aktenstück lautet in seinem wesentlichen Inhalt: „Wie aus den dienstlichen Berichten der Offiziere hervorgeht, haben sie die Kirche mit ihren Mannschaften verlassen, da die Ansprache des Pfarrers Kraatz eine wegwerfende Kritik an einer landeskirchlichen Einrichtung enthalten habe, sowie eine mit gesetzlicher Autorität versehene Entscheidung einer Behörde in herabsetzender Weise bekämpft, Pfarrer Kraatz damit einen Mangel an Unterordnungsgefühl unter die ihm gesetzte Obrigkeit bewiesen habe, weil der Geistliche in Glaubenssachen einen Standpunkt eingenommen habe, der von der Glaubenslehre der evangelischen Kirche abweiche. Sie hätten einen schädlichen Einfluß der Ansprache auf die jungen Soldaten befürchtet und sich aus diesem Grunde nicht nur für berechtigt, sondern sogar für verpflichtet gehalten, die Kirche mit den Mannschaften noch während der Ansprache des Geistlichen zu verlassen. Eine Störung des Gottesdienstes sei von ihnen nicht gewollt worden. Es war den Offizieren auch nicht darum zu tun, ihre von den Ausführungen des Geistlichen verschiedene Ansicht in Glaubenssachen in demonstrativer Weise kundzugeben. Sie haben nach pflichtmäßigem Ermessen gehandelt. Ist dies aber der Fall, so kann dahingestellt bleiben, ob ihre Handlungsweise objektiv richtig war. Eine strafbare Handlung nach § 167 des Reichsstrafgesetzbuches liegt nicht vor." — Da es durchaus dem Wesen des Militärstaates entspricht, daß Offiziere in der hier köstlich dargestellten Art an Geistlichkeit und Glaubenssachen Kritik üben, so wird die Luisengemeinde mit der von ihr beabsichtigten Beschwerde an die höheren Militärgerichtsinstanzen ebenso abblitzen, wie sie beim Generalleutnant v. Lochow abgeblitzt ist. Die Religion ist eine nette Einrichtung, aber nur so lange sie nicht das „Unterordnungsgefühl" behelligt.

Material für die Zuchthausvorlage. Auf Veranlassung eines Gendarmen Kothen erhielten neun streikende Bergleute aus der Oberlausitz Strafmandate über je 40 Mk., weil sie groben Unfug, Bedrohung und allerlei ähnliche Dinge begangen haben sollen. Vor dem Schöffengericht Zittau brach die Anzeige vollständig zusammen; bis auf einen, der voreilig bezahlt hatte, wurden alle anderen freigesprochen.

Das Verfahren gegen den freidenkenden Pfarrer Traub wird Montag, den 16. Oktober, seinen Anfang nehmen. Traub ist auf diesen Tag zur Vernehmung nach Münster geladen.

Selbstmord einer ganzen Familie. Aus pekuniären Sorgen beging in Lyon eine aus vier Personen bestehende Familie Selbstmord. Die Mutter und zwei Kinder sind tot, der Vater liegt in den letzten Zügen.

Schiffsbrand auf hoher See. Nach einer Meldung aus Colombo geriet der Dampfer „Ixion" am 2. Oktober im Indischen Ozean auf der Höhe von Sunda in Brand. Das Feuer brach gleichzeitig im Vorder- und Hinterteil des Schiffes aus. Da eine Rettung unmöglich war, so verließ die Mannschaft das Fahrzeug und rettete sich auf zwei Booten. Infolge heftigen Wellenganges kenterte das eine der beiden Boote mit 24 Mann, von denen sieben Europäer und die übrigen Chinesen waren. Alle ertranken. Das zweite Boot mit Schiffbrüchigen ist in Colombo eingetroffen. Der Dampfer „Ixion" ist vollständig zerstört.

Wieder ein Opfer der Aviatik. Aus 50 Meter Höhe stürzte in Bern der Flieger Hans Schmidt aus St. Gallen ab. Beim Aufschlagen auf den Boden explodierte der Benzinbehälter. Das Flugzeug verbrannte und der Flieger wurde als verkohlte Leiche unter den Trümmern hervorgezogen.

Opfer des Taifuns. Amtlich wird mitgeteilt, daß bei dem letzten Taifun auf Formosa 675 Personen getötet und 677 verletzt wurden; 26 048 Häuser sind zerstört, 35 700 beschädigt und über 20 000 Hektar Felder sind verwüstet worden.

Genossenschaftsbewegung.

„Heimarbeit und Konsumentenorganisationen" lautet die Überschrift eines Leitartikels von Dorothea Staudinger (Karlsruhe) im „Zentralblatte des Bundes deutscher Frauenvereine". Darin heißt es:

Von einer Erziehung des kaufenden Publikums, besonders im Hinblick auf die Heimarbeit, ist schon viel die Rede gewesen; sie ist jetzt von zwei Körperschaften in die Hand genommen, die durch die Disziplin ihrer Mitglieder auch beste Aussicht auf Erfolg haben. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine und die Generalkommission der Gewerkschaften erlassen Aufrufe an ihre Mitglieder. Sie legen den Wert der Qualitätsware, ihre Bedeutung für Produzenten und Konsumenten dar, warnen vor dem Einkaufe billiger Waren, die unter ungesunden Arbeits- und schlechten Lohnverhältnissen hergestellt wurden, und bitten, solche für Konsument und Produzent gleich nachteilige Waren nicht zu kaufen. Es ist möglich, daß es den Arbeitern — die Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes bestehen heute noch hauptsächlich aus Arbeitern —, die selbst unter schlechten Lohnverhältnissen zu leiden haben, leichter in das Verständnis eingeht, daß der Käufer mitschuldig ist am Elend des Warenherstellers, als dies uns vielleicht klar wird. Immerhin aber wäre es beschämend für die oberen Stände und besonders für uns Frauen, wenn diejenigen, die oft durch Not zu allzu billigem Einkaufe getrieben werden, uns in der Erziehung des Käufergewissens voraus eilten! Uns sollte das soziale Verantwortlichkeitsgefühl schon längt dorthin gebracht haben.

Nachdem die Verfasserin dann die Bedeutung des Käuferbundes für diese Frage untersucht hat, schreibt sie weiter:

Aber auch dann bleibt der Weg vom Konsumenten bis zum Arbeiter noch lang und schwer zu überschauen, die Kontrolle über die Lohnverhältnisse ungeheuer mühsam auch da, wo eine Heimarbeiterorganisation mitarbeiten kann. Mir erscheint eine Abkürzung, ein Überschauen dieses Weges nur dadurch möglich, daß Konsument und Arbeiter einander tatsächlich näher gebracht, Zwischenmeister und Zwischenhändler mehr und mehr ausgeschaltet werden durch die Konsumgenossenschaft, in der nicht nur ein Gedanke die Käufer zusammenhält, die im übrigen bei ihren Einkäufen nach wie vor vereinzelt sind und ihre Waren im kleinen beziehen, sondern in denen sich auch die Konsumenten zu gemeinsamem Warenbezug im großen vereinigen. Das führt den Käufer in direkte Verbindung mit dem Warenproduzenten. das gibt ihm dann die Möglichkeit und die Macht, dafür zu sorgen, daß ihm von seiner Genossenschaft nur solche Waren vermittelt werden, die erwiesenermaßen unter angemessenen Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellt sind.

Bei dem heutigen Stande der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, die über eine Million Mitglieder zählt, die aber noch größtenteils dem Arbeiterstand angehören, kann solche Konsumentenmacht nur in beschränktem Maße, d. h. nur in gewissen Industriezweigen, ihre Wirkung auf die Heimarbeit ausüben. Es wäre dies heute z. B. der Fall bei der in der Hausindustrie so schlecht gelohnten Arbeiterkleidung. Was aber hindert, dies auf andere Gebiete auszudehnen? Es gilt nur, sich der Macht bewußt zu werden, die eine solche Organisation dem Käufer verleiht, und zu ihrem Wachstume, besonders zur Ausbreitung auch in anderen Bevölkerungsschichten beitragen.

Dem in der Konsumgenossenschaft organisierten Käufer wird es ferner auch möglich, solche Industriezweige, in denen unter dem Privathandel besonders großes Heimarbeiterelend herrscht, in eigene Produktion zu nehmen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter selbst zu beeinflussen. So werden von der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine schon heute z. B. Zigarren und Papiertüten für die im Zentralverband organisierten Käufer in eigenen genossenschaftlichen Betrieben hergestellt. So wird der weite, so ungangbar erscheinende Weg vom Käufer zum Arbeiter durch gemeinsamen Warenbezug oder durch genossenschaftliche Produktion abgekürzt, ja aufgehoben, dem Käufer in seiner Organisation die Macht gegeben, das Heimarbeiterelend endgültig zu besiegen. Und diese Macht hat die Konsumgenossenschaft vor der sozialen Käuferliga voraus, so erzieherisch wertvoll diese auch zweifellos ist.

Der Artikel ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Bedeutung der Konsumvereine jetzt auch in den Mittelstandsschichten mehr und mehr erkannt wird.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Fidelio", Oper in 2 Akten von Beethoven. Die Sonnabend-Aufführung dieser Oper wurde durch die Mitwirkung der Kammersängerin Frau Matzenauer als Leonore zu einem unvergeßlichen Erlebnis für die Hörer. Die große Kunst dieser Auserwählten vermochte die hell leuchtende Gestalt der Vertreterin höchster Gattenliebe in nie empfundener Größe vor uns erstehen zu lassen. Das war schlechtweg die Leonore. Mühelos gab das herrliche, in allen Registern gleich wohlklingende Organ die im Innern der menschlichen Seele wurzelnden Töne wieder, die Beethoven in seinem Meisterwerke anschlägt. Gesanglich und darstellerisch war die Darbietung der Matzenauer, die auch den Dialog meisterhaft sprach, gleich vollendet. Um diese überragende Künstlerin gruppierten sich Frl. Jansen (Marzelline), sowie die Herren Langefeld (Pizarro), Pistorl (Florestan), Fabian (Rocco), Schorn (Jaquino) und Holmquist (Minister), die erfolgreich bemüht waren, die ganze Aufführung zu einer guten zu gestalten. Auch die Chöre taten ihre Schuldigkeit. Die Regie hatte die Szene recht hübsch und lebendig angeordnet. Eine Änderung gegen früher war insofern getroffen worden, als der Beginn des ersten Aktes nicht im Festungshof, sondern im Wohnzimmer Roccos spielt. Es mögen gewisse Gründe für diese Neuerung vorliegen; unbedingt notwendig ist sie aber nicht. Ein besonderes Lob verdient das wackere Orchester, das unter Kapellmeister Pfeiffers vortrefflicher Leitung seine schwere Aufgabe mit Bravour löste.

P. L.

Schiffsnachrichten.

Schiffsbewegungen.

D. „Goole Trader", Kapt. Blomberg, ist Sonnabend morgen in Hangö angekommen.

D. „Linnea", Kapt. Dahlberg, ist Sonnabend nachmittag von Hangö auf Lübeck abgegangen.

D. „Luba" ist gestern morgen von Pillau auf hier abgegangen.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:

Vom Dampfer „Nyland"	0,72 Mk.
Von den sozialdemokr. Frauen (Überschuß der „Gleichheit"	100,— "
F. S.	1,25 "

Das Parteisekretariat.
Bromme.

Literarisches.

Arbeitsordnung im Gastwirtsgewerbe. Seit dem 1. Januar 1910 sind auch die gastwirtschaftlichen Betriebe, soweit sie mindestens 20 Angestellte beschäftigen, dem § 134a der Gewerbeordnung unterstellt. Über die Materie herrscht aber in den beteiligten Kreisen sehr große Unkenntnis. In den meisten Betrieben sind die vorgeschriebenen Arbeitsordnungen überhaupt noch nicht eingeführt. Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Berlin N. 24, Große Hamburgerstraße 18/19 gibt in einer 20 Seiten starken Broschüre den „Entwurf einer Arbeitsordnung nebst Erläuterungen" heraus. Das Büchelchen, welches zum Preise von 10 Pfg. zu haben ist, bildet namentlich für die Angestellten ein wichtiges Orientierungsmittel.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co
Sämtlich in Lübeck.

Beim Einkauf von Margarine fordern Sie nur die ersten Marken
„Siegerin"
„Palmato"
„Mohra"

Erscheint dreimal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

Den Lesern bei Einkäufen auf's beste empfohlen

Arb.- u. Berufs-Kl.
J. H. Peis, am Markt.
Rudolph Karstadt, Eutin.
K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpfl.
F. W. Heyde, Königstr. 38.

Bäckereien
Paul Burmester, Lübeck, Ig. Lohbg. 49. Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann, Fischergrube 47.
H. Jargstorf, Warendorpstr. 35.
R. Kasch, Fleischhauerstr. 52. Fein-, Weiß- u. Grobbäckerei.
Wilh. Krahn, Fackenb. Allee 57a.
Ad. Hinzelmann, Schlutup, Westerstr. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath, Schlutup, Lübeckerstr. 3.
W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsinstitut
A. Brodersen, ... 7. Tel. 1050.
... Paulstr. 16. Särge in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn, Wahmstr. 79. Übern. ganzer Beerd. Eigene Leichen- u. Transportwagen.
C. Veiß, Lübeck, Schwart. Allee 193. Lager fertiger Särge.
H. ..., Rensefeld. Gr. Lager in ... Holz- und Metallsärgen.

...anstalten
... Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa" J. Dettmann Beckergrube 51.
J. Kallhorst, Warendorpstr. 29, ...

Brauereien
Elbschloss, M. Hofmann, Hansastr. 75.
Kieler Schloßbräu H. A. Wulff Untertrave 96. Fernspr. 1274.
Trinkt Lübecker Vereinsbräu
F. Veiermiller Nachf., Schwartauer Allee No. 3b. Braunbier in Gebinden u. Flaschen.
Franz Langloh Schlutuper ff. Braunbier.

Brennmaterialien
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
L. Wallbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdlgn.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
H. Philipp, Fackenb. Allee 90. Tägl. feinste Tafelbutter.
W. Roeksien, Hüxstr. 23.
J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
Lina Schwarz, Lübeck, Hüxterd. 12.

Cigarrenhandlgn.
A. Burmester, Lübeck, Fackenb. Allee 48.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
Rob. Kließ, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt, Seidlitzstr. 18. Cigaretten, Tabake.
Jacob Meier, Warendorpstr. 19a.
Conrad Rothe, Fleischhauerstr. 15.
Paul Thiel, Stavenstr. 8.
Wilh. Bähnk, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Groß-Dampfwäscherei „Forwerk",
Wäsche-Verleih-Institut. T. 1623.
Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa, W. Röper, Friedenstr. 61. Fernruf: 2274.
W. Krüger, Waschanstalt, Petzerstr. 1e.

Drogerien
W. Hohenschild, Marlist. 42c. T. 736.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.
Julius Vogt, Germania-Drogerie Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
H. Benthien, Fackenbg. Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Roth,
Frister & Roßmann-Nähmasch.
Franz Busse, Wahmstr. 42.
Rich. Israel, Alfstr. 31.
Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23. Lübecker Fahrräder.
St. Gertrud-Fahrradhaus Joh. Meier, Arnimst. 12a. Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
Johs. Meyer, Königstr. 51.
Carl Petersen, Malente, Bahnhofst. 28.
H. Krohne, Schwartau, Lüb.-St. 71. Rep. Sämtl. Ersatzt.

Farben u. Lacke
J. Becker, Dornestr. 29.
W. Hohenschild, Marlistr. 42. F. 738.
Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
Aug. Prösch, Mühlenstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds, Elswigstr. 1a. ff. Aufschnitt. Prima Fleisch- und Wurstwaren.
Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
Gothknecht, Gottlieb, Königstr. 104.
Carl Joost, Beckergrube 30. Wurstfabrik. T. 1450.
C. Klein, Pfaffenstr. 14.
W. Lemcke, An der Mauer 41a.
F. Mörck, Kupferschmiedestr. 6/8.
Wilh. Pälow, Beckergrube 46. Wurstfabrik mit elektr. Betr.
Jul. Schober, Gr. Burgstr. 55.
Gust. Zach, Kolwitzstr. 32.
E. Miller, Oldesloe, Brunnenstr. 2. Pa. Fleisch- u. Wurstwar.

Friseure, Parfüm.
Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant.-, Spielwar.
C. Bliesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
Joh. Baade, Lübeck, Fackenbg. Allee 34a.
Paul Reher, Tunkenhagen 5.
E. Winkelmann Nachf., Eutin.
Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab.-Gard.
Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
Adolph Dimpker, Lübeck, Wahmstr. 9.
Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
Breitestr. 52. Vornehmstes am Platze. Vollendetste Vorführ. lebender, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
Reinh. Büsen, Arnimstr. 1a.
Heinr. Franck, Wahmstr. 67.
Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
Carl Hudoffsky, Marlistr. 44.
D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillerstr. 5.
H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
J. Semrau, Hüxstr.
H. Lettow, Eutin, Weidestr. 4.
Louis Rathmann, Schwartau.
J. U. Kröger, Travemünde.

Kurz-, Weiss-, Wollw.
O. Sünnenwald, Lindenstr. 39.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
Johann Dittmer, Drögest. 12a.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
J. Zimmermann, Malente, Bahnhofst.
Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
Hintze & Steeh, Möbel-Fabrik, Moisling. Allee 60. Detail-Verkauf in der Fabrik.
W. Pamperin Mühlenstr. 47, St. Annenstr. 20. Wohnungseinrichtgn. z. billigen Pr.

Molkereiprodukte

Meiereien
Meierei Rensefeld
Inh. Paul Rickert. Vorteilhafte Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
Inhaber Philipp Eitel. Tel. 2144. Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger, Optisches Spezial-Geschäft, 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze, Lübeck, Gr. Burgstr. 15.
Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co., Breitestr. 39. Fernspr. 1057.

Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Bergfeldt,
Fernruf 672. Mühlenstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankst. 33.

Schreibwaren
Aug. Burmester, Lübeck, Fackenbg. Allee 48.
M. Maxeln Wwe., Moislg. Allee 40a.
Elsa Paulsen, Mühlenbrücke 2a. Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparat.
Aug. Rostock, Fünfhausen 5.
Rudolph Karstadt, Eutin.
Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
Ludwig Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
Franz Genzmer, Fackenbg. All. 10b. Fernruf 1031.
F. Wichmann, Hüxstr. 46. Solinger Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Beuleke, Lübeck, Königstr. 48b. Tapeten-Reste.
Fritz Rehm, Beckergrube 20.

Trikot., Strumpfw.
E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Hüxstr. 71
Fast jede Reparatur nur 1 Mk. 2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner Uhrmacher Hüxstr. 32.
Willi Westfehling, Holstenstr. 32.
H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
Fr. Geist, Lübeck, Hüxterd. 8. T. 1935.
Friedr. Otte, Fischergrube 43, empfiehlt Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!